PROTECT-IT

Ausgabe 37 | 2015 | protect-it.ch | facebook

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT

MILITÄR-PUTSCH IN BURKINA FASO

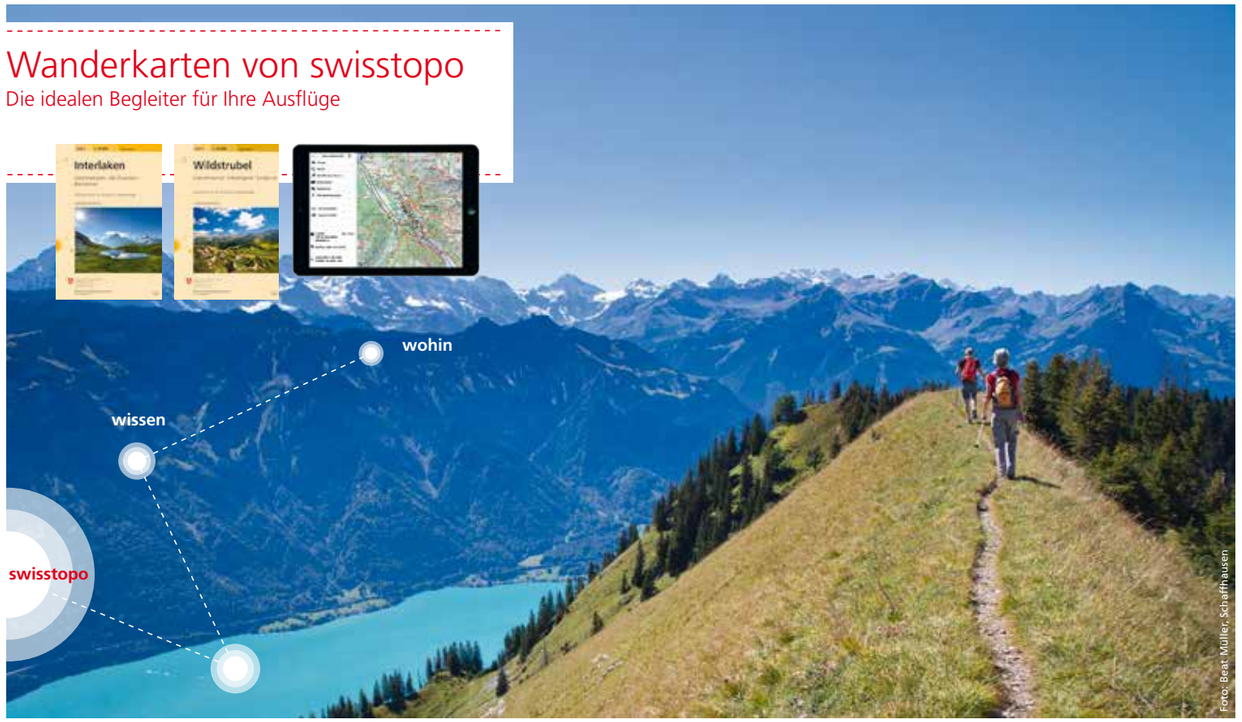
Zentralafrika kommt nicht zur Ruhe

IS-STRATEGIE

Geheime Pläne der Terroristen

LANGSTRECKENBOMBER B- 1B DER USA

Die Bombardierungen des islamischen Staates



Weit weg von unserer schönen Schweiz liegt das «Land der Aufrechten», das bitterarme Burkina Faso, südlich der Sahelzone in Westafrika, dort wo es wenig Wasser, viel Hitze und die tägliche Herausforderung zu überleben gibt. Für uns fast unvorstellbar, dass ein Land mit rund 90 % armen Menschen, die mit vielleicht 30–35 Fr. pro Tag ihr Leben bestreiten, von einer Geld und Macht hungrigen Clique von Militärs und Politikern gegängelt wird.

Doch da sind junge Menschen, die sich für Politik wirklich interessieren, die nicht mehr einfach hinnehmen, was mit ihnen geschieht, die vor einem Jahr zum Aufstand aufgerufen haben und den Diktator des Landes, der sich 27 Jahre lang mit Tricks und Terror an der Macht gehalten hatte, aus dem Lande jagten. Daraufhin übernahm eine Übergangsregierung für ein Jahr das Zepter im Lande, man wollte sich reorganisieren und für bessere Tage vorbereiten.

Doch der alte Präsident, der sich grollend und mit vollgestopften Taschen ins Nachbarland Elfenbeinküste verkrochen hatte, wollte nicht aufgeben. Heimlich schürte er bei seinen Anhängern die Wut und Angst, denn sie könnten bei den neuesten regulären Wahlen alles verlieren, Geld, Macht, Ansehen und alle Privilegien von der großen Villa, übers prächtige Auto, die luxuriösen Auslandsreisen und ihre dick gefüllten Auslandsbankkonten.

Also griff die alte Präsidentengarde, 1300 kampfkräftige Soldaten mit modernsten Waffen ausgestattet, unter ihrem Anführer und General, einem alten Freund und Begleiter des Expräsidenten, zu den Waffen und lancierte einen Putsch. – Doch der hatte sich verrechnet, denn wiederum erhob sich die Bevölkerung, vor allem die jungen Menschen im Lande, um die erneute Unterwerfung zu verhindern. Und es ist ihnen gelungen, auch wenn sie angesichts der waffenstarrenden Putschisten bislang einige bittere Kompromisse hinnehmen mussten.

Zufällig weilte ich diese Tage im Lande, um einige Hilfswerksprojekte zu besuchen, für die ich verantwortlich bin. So habe ich hautnah miterlebt, was sonst so weit weg von uns geschieht, in einem kleinen Lande, dessen Name die meisten Menschen bei uns nicht einmal kennen. – Es waren aufregende Tage in Burkina Faso, verbunden mit Angst, Unsicherheit und vielen Unannehmlichkeiten im sonst schon schwierigen Alltag. Bewundernswert ist die mutige und der Demokratie verpflichtete neue Zivilgesellschaft des Landes, die als Vorbild der Demokratisierung afrikanischer Länder dienen kann. Nicht nur in Burkina Faso ist es Zeit, dass die alten Regenten mit ihren korrupten Systemen abgesetzt und durch neue, demokratische Kräfte weggefegt werden.

Anton Wagner
Herausgeber protect-it.ch

MIGRATION: DAS ELEND DER FLÜCHTLINGE

Mehr als 120 000 Menschen sind seit Jahresbeginn Richtung Europa geflohen - getrieben von Krisen und Kriegen in ihren Heimatländern. Um Europa zu erreichen, nutzen die Flüchtlinge unterschiedliche Routen. Bei dem Versuch, übers Mittelmeer nach Europa zu kommen, sind allein seit Januar mehr als 1 800 Menschen ums Leben gekommen.

DAS LAND DER AUFRECHTEN: ZENTRALAFRIKA KOMMT NICHT ZUR RUHE

Militär-Putsch in Burkina Faso.

IS-STRATEGIE: GEHEIME PLÄNE DER TERRORISTEN

Mit Strategieplänen hat die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ihren Siegeszug in Syrien durchorganisiert. Dem «Spiegel» liegen in langjährigen Recherchen gefundene Geheimpapiere vor, die das systematische Vorgehen des IS belegen sollen.

LANGSTRECKENBOMBER B- 1B DER USA

Die Bombardierungen des islamischen Staates.

BLICK IN DIE WELT

Kalifornien

VERBRECHERJAGD MIT PROGNOSE

KONFUSE DROGENPOLITIK

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE, WELTWEIT

KRIEGSERLEBNISSE ALS DOKUMENTAR-COMIC

INHALTSVERZEICHNIS

BLICK IN DIE WELT

NEWS SCHWEIZ

MILITÄR-PUTSCH IN BURKINA FASO Live-Report

MIGRATION: DAS ELEND DER FLÜCHTLINGE

GEHEIME PLÄNE DER TERRORISTEN

DIE IS-STRATEGIE

LANGSTRECKENBOMBER: B-1B DER USA

VERBRECHERJAGD MIT PROGNOSE

KONFUSE DROGENPOLITIK

KRIEGSERLEBNISSE ALS DOKUMENTAR-COMIC

10 HICHTECH-AUSRÜSTUNGEN DES US-HEERES

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE, WELTWEIT

IMPRESSUM

VERLAG: protect-it GmbH, Landstrasse1, 5415 Rieden

HERAUSGEBER: Anton Wagner

KONTAKT: info@protect-it.ch, +41 (0)56 203 25 00

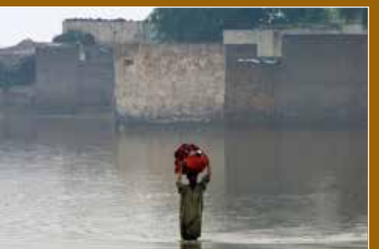
MITARBEIT AN DIESER AUSGABE (Text, Bild, Hintergrund): Anton Wagner, Connie de Neef, Matthias Haas, Brigitte Mantovani, Ralf Büsser, Otto Lanz, Prof. Dr. Albert Stahel, Marianne Belshelm, Nadeem Khan

HINCHWEISE: www.protect-it.ch

10 HIGHTECH-AUSRÜSTUNGEN DES US-HEERES

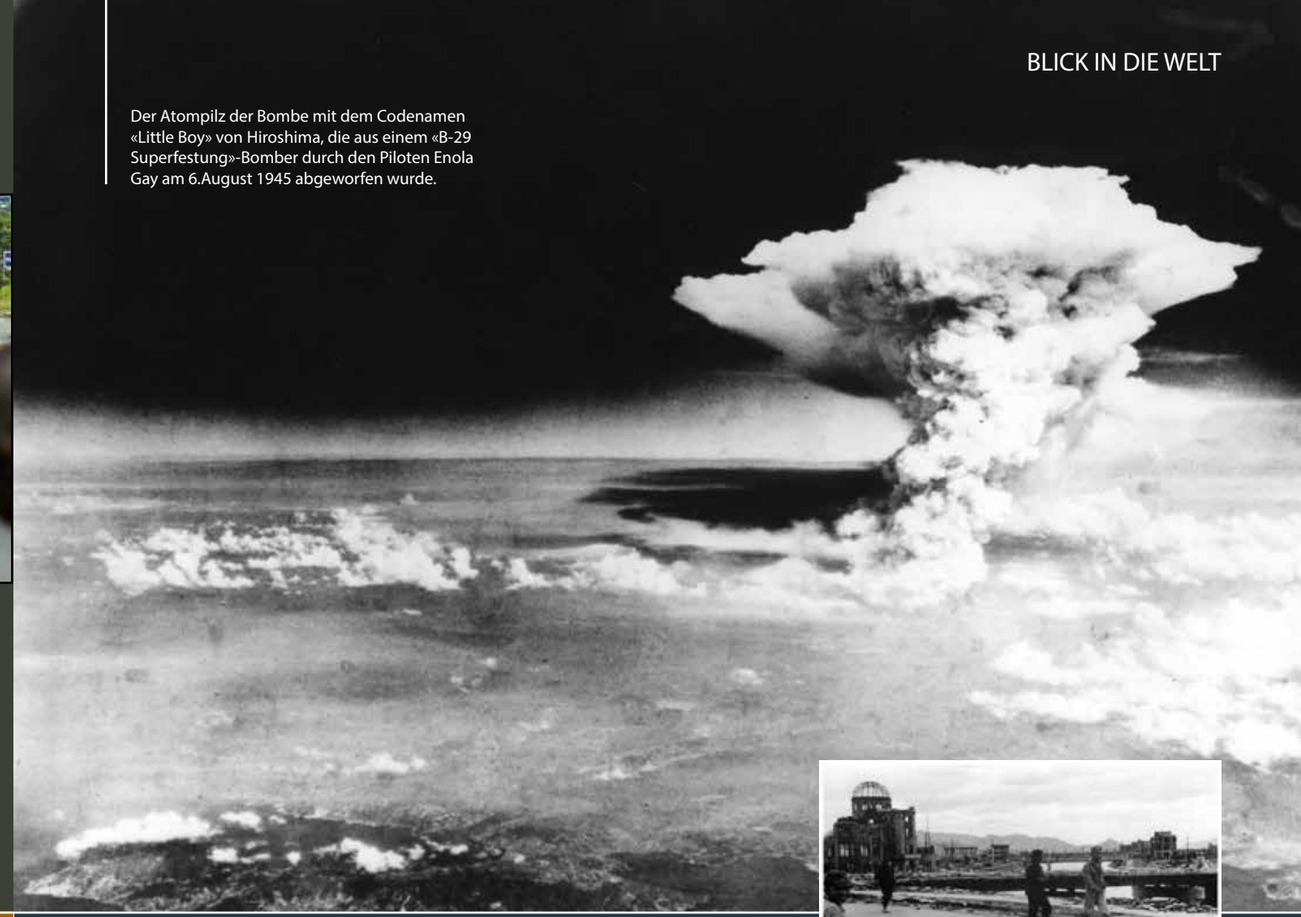
BURUNDI

Seit der Präsident Burundis Pierre Nkurunziza angekündigt hat, dass er, entgegen der Verfassung, eine dritte Amtszeit anstrebt, hat die Bevölkerung mit Protesten geantwortet und die Gewalt zwischen Polizei, Militär und Zivilisten hat eskaliert. Die politische Krise führt auch dazu, dass viele Bürger das Land fluchtartig verlassen.



MONSUN

Der Monsun hat dieses Jahr Indien und Pakistan besonders hart getroffen. Über 250 000 Menschen sind durch die Überflutungen direkt betroffen, über 480 Tote waren in Indien zu beklagen, mehr als 100 in Pakistan. Besonders hart traf es die Gegend um Kalabagan, rund 150 km nördlich von Kalkutta aber auch die Regionen Gujarat, Rajasthan und ganz West-Bengalen, sowie der Norden Pakistans. Tragisch wirken sich die Zerstörung der Infrastrukturen und die Seuchengefahr durch verschmutztes Trinkwasser aus.



Der Atompilz der Bombe mit dem Codenamen «Little Boy» von Hiroshima, die aus einem «B-29 Superfestung»-Bomber durch den Piloten Enola Gay am 6.August 1945 abgeworfen wurde.

70 JAHRE NACH DEN ERSTEN ATOMBOMBEN

Am 6. August 1945, warfen die Vereinigten Staaten von Amerika eine Atombombe über Hiroshima ab. Die Stadt wurde weitgehend dem Erdboden gleichgemacht, innert Sekunden starben 140 000 der 350 000 Bewohner der Stadt. Drei Tage später traf eine zweite Bombe Nagasaki, wo rund 60 000 Menschen starben. Die Bilder zeigen die Stadt nach der Bombardierung im Oktober des gleichen Jahres und heute, jeweils am gleichen Ort.

CHINA

Schwere Explosion in einem Chemiewerk in der chinesischen Hafenstadt Tianjin. Bei der Explosion in am 12. August kamen mindestens 121 Menschen ums Leben, noch immer werden 54 vermisst. In den Krankenhäusern werden noch 640 Verletzt behandelt, davon befinden sich 48 in einem kritischen Zustand. Der Grund wird noch untersucht. Das Lager war zu nahe an Wohngegenden angesiedelt gewesen und hat vermutlich gefälschte Sicherheitsgenehmigungen gehabt haben.

BLICK IN DIE WELT

KALIFORNIEN

Tausende Feuerwehrleute kämpfen in Kalifornien gegen zahlreiche Buschbrände. Der bevölkerungsreichste Bundesstaat der USA erlebt derzeit eine der schwersten Dürreperioden in seiner Geschichte. Die «extremen Wetterbedingungen» hätten Kalifornien in ein «Pulverfass» verwandelt, erklärte Gouverneur Edmund Brown. Den Bränden fielen bislang fast 50 000 Hektar Land zum Opfer. Kalifornien erlebt einen der schwersten Dürreperioden seiner Geschichte. Tausende Menschen müssen wegen des Infernos ihre Häuser verlassen.

PRÄVENTIVE POLIZEIARBEIT IM AARGAU

DER VOGELSCHEUCHEN-TRICK

Eine neue Methode Einbrecher abzuschrecken, wendet seit neuestem die Kantonspolizei Aargau an, nur eben mit Vogelscheuchen-Polizeiautos. Dabei kommen ältere Dienstfahrzeuge zu einem letzten ehrenvollen Einsatz, denn sie werden in verschiedenen Wohnquartieren für ein paar Tage abgestellt. Das soll Einbrecher abschrecken. Interessant dabei ist, dass diese Massnahme gekoppelt mit den Erkenntnissen aus dem Computerprogramm Precobs, dass Einbruchswahrscheinlichkeiten liefert, gekoppelt wird. Natürlich ist dies nicht eine isolierte Verbrechensbekämpfungsmassnahme

Manchmal gebe es auch Anrufe von Anwohnern die sich über die Streifenwagen wundern: Die Leute fragten jeweils, ob das Auto allenfalls gestohlen wurde, sagt Roland Pfister. Parallel dazu patrouillieren auch Streifen der Polizei in sensiblen Gebieten. Negative Reaktionen hat es bisher nie gegeben, die Bürger sind froh um jede Art der präventiven Polizeiarbeit. Roland Pfister, Medienchef der Kantonspolizei Aargau, zum Vorgehen: «Die Polizeiautos schützen vor Straftaten jeglicher Art. Sichten Kriminelle ein Polizeifahrzeug, wissen nie, ob sich gerade Polizisten in der Nähe befinden»

Man geht so gegen Einbruchdiebstähle und -tourismus vor, jedoch nehmen auch Sachbeschädigungen und Littering im Gebiet um das Fahrzeug ab. Die verschiedenen kreativen Massnahmen wirken also: «Wir stellen einen spürbaren Rückgang der Einbrüche fest», so der Medienchef. Zuletzt stuften die Basler Versicherungen die Einbruchswahrscheinlichkeit im Aargau in einer Studie als gering ein. «Damit sind wir einigen Nachbarkantonen voraus», freut sich Roland Pfister.

QUADRAPORT®
SICHERHEITSTÜREN
ADLO 4

Stahlsicherheitstür für höchste Ansprüche!
Sieht aus wie eine Holztür und fühlt sich an wie eine Holztür.

Eine feuerhemmende EI 30 Stahlsicherheitstür in der Widerstandsklasse (RC) 4 ist einmalig und fast uneinbrechbar.

QUADRAGARD EINBRUCHSCHUTZ
Martin Eichholzer AG
Bachmattweg 13
8048 Zürich

Tel. 044 434 10 10
Fax. 044 432 2894

NEWS SCHWEIZ

NEUE MELDEPLATTFORM ZUR KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Korruption führt zu grossen finanziellen und immateriellen Schäden für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schweiz engagiert sich auf nationaler und internationaler Ebene aktiv in der Korruptionsbekämpfung und hat internationale Abkommen mit der UNO, dem Europarat und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD unterzeichnet. Die Verstärkung der strafrechtlichen Verfolgung von Korruption ist dabei ebenso zentral wie der Schutz von Zeugen und Hinweisgebern.

Im Kampf gegen die Korruption steht nun den Strafverfolgungsbehörden der Schweiz ein neues Mittel zur Verfügung: Die webbasierte Plattform unter www.korruptionsbekaempfung.ch erlaubt es Personen, die über Informationen zu möglichen Korruptionshandlungen verfügen, anonym eine Meldung an die Polizei zu machen. Die Strafverfolgungsbehörden versprechen sich dadurch neue Ermittlungsansätze in der nationalen und internationalen Korruptionsbekämpfung. Das Bundesamt für Polizei (fedpol) betreibt die Plattform im Auftrag der Bundesanwaltschaft (BA).

Korruptionshandlungen bleiben oftmals verborgen, die direkt beteiligten Personen haben mit Sicherheit kein Interesse an einer Strafverfolgung. Für die Strafverfolgungsbehörden ist daher das Wissen von Insidern ein entscheidender Faktor.

Nicoletta della Valle, Direktorin fedpol

PLATTFORM MACHT DIALOG MIT ANONYMEN HINWEISGEBERN MÖGLICH

Verfügt eine Person über Informationen zu möglichen Korruptionshandlungen, kann sie auf der neuen Meldeplattform anonym eine Meldung absetzen. Die Meldeplattform befindet sich auf einem Server ausserhalb der Bundesverwaltung. Ohne Einwilligung der meldenden Person ist es seitens der Strafverfolgungsbehörden nicht möglich, deren Identität zu ermitteln. Die Plattform erlaubt es jedoch den Strafverfolgungsbehörden, mit der meldenden Person in Kontakt zu treten, um allenfalls Zusatzinformationen einzuholen oder über das weitere Vorgehen zu informieren.

Korruption

Die auf der Plattform eingehenden Meldungen werden auf deren strafrechtliche Relevanz überprüft und innerhalb von fedpol dem zuständigen Kommissariat übergeben. Fällt die Meldung in die kantonale Zuständigkeit, wird sie an die betreffende Kantonspolizei weitergeleitet. Die neue Meldeplattform zur Korruptionsbekämpfung ergänzt die bereits bestehende Anlaufstelle der Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) für nationale Meldungen, welche die Bundesverwaltung betreffen.

EINZIGE MELDEPLATTFORM DIESER ART IN DER SCHWEIZ

In der Schweiz betreibt keine andere Strafverfolgungsbehörde eine solche anonyme Meldeplattform. Ähnliche Meldeplattformen existieren beispielsweise in Deutschland und Österreich, wo die zuständigen Behörden positive Erfahrungen damit gemacht haben.

ÜBERRISSEN HARTER EINSATZ DER ZÜRICHER STADTPOLIZEI

Gummischrot aus wenigen Metern auf Demonstranten, Pfefferspray gegen eine störrische Frau, die Reaktion der Polizei mit Gummischrot-Einsatz kommt einigermassen überraschend: Ein Gutteil der mehreren Tausend Personen, die sich am Zürcher Helvetiaplatz zu einer bewilligten Solidaritäts-Kundgebung für Flüchtlinge versammelt hatten, formieren sich eben zu einem unbewilligten Demonstrationsumzug. Keine Bewilligung, keinen Meter weit – so offenbar die Devise der Polizeikräfte, die sich dem Zug nach wenigen Metern entgegenstellen.

Sie setzen rasch auf handfeste Mittel. Und gehen dabei reichlich unzimperlich vor, wie verschiedene Videoaufnahmen zeigen. Der Mindestabstand von 20 Metern beim Einsatz von Gummischrot wird mehrfach nicht eingehalten. Einer Frau, die wenige Meter vor der Polizeireihe am Boden liegt, fliegen die Geschosse (Austrittsgeschwindigkeit: ca. 200 Kilometer pro Stunde) nur so um die Ohren. Als sie aufsteht und sich offenbar über den Polizeieinsatz beschwert, wird sie mit Pfefferspray eingedeckt. Ebenso ein Mann, der ihr zu Hilfe eilen will. Vonseiten der Demonstrierenden sei keine Gewalt ausgegangen, sagen mehrere Augenzeugen, darunter auch ein Reporter. Der Demonstrationszug schlug nach dem Polizeieinsatz die entgegengesetzte Richtung ein.

Ausschreitungen in Zürich

NEWS SCHWEIZ

10 TAGE POLIZEIARBEIT IN ZÜRICH

22.09.2015

Zürich Flughafen: Ein kleines Kind hat sich am Dienstagabend bei einem Unfall im Bereich der Gepäckrollbänder für Flugpassagiere schwere Verletzungen am Bein zugezogen.

21.09.2015

Wallisellen: Zeugenaufruf. Bei einer Auffahrkollision zwischen zwei Personenwagen am Montagnachmittag in Wallisellen ist eine Frau verletzt worden.

20.09.2015

Bubikon: Bei der Kollision zwischen zwei Personenwagen sind am Sonntagabend auf der A53 bei Bubikon drei Personen leicht verletzt worden.

20.09.2015

Wangen-Brüttisellen: Die Kantonspolizei Zürich hat am frühen Sonntagmorgen in Brüttisellen einen Lernfahrer aus dem Verkehr gezogen, der mit einem Personenwagen zu schnell unterwegs gewesen war.

19.09.2015

Wangen-Brüttisellen: Zeugenaufruf. Bei einer Streifkollision zwischen zwei Personenwagen ist am Samstagnachmittag auf der A1 bei Wangen-Brüttisellen Sachschaden entstanden. Ohne sich um den Schaden zu kümmern wurde die Fahrt fortgesetzt. Verletzt wurde niemand.

17.09.2015

Dringende Warnung. Die Kantonspolizei Zürich hat seit geraumer Zeit vermehrt Anzeigen von Enkeltrick-Betrügern registriert. Während es in vielen Fällen bei Versuchen blieb, konnten die Betrüger in einem Fall im Bezirk Bülach mehrere zehntausend Franken ergaunern. Seit Mitte August 2015 sind rund 30 Betrugsversuche bei der Kantonspolizei Zürich gemeldet worden.

17.09.2015

Dübendorf und Schwerzenbach: Illegales Glücksspiel. Die Kantonspolizei Zürich hat zusammen mit der Kommunalpolizei am Mittwochabend bis in die Nacht auf Donnerstag in Dübendorf und in Schwerzenbach je ein Lokal kontrolliert und dabei illegale Glücksspielautomaten sowie mehrere tausend Franken Bargeld sichergestellt.

16.09.2015

Zürich: Die Kantonspolizei Zürich hat am Mittwochabend im Hauptbahnhof Zürich einen mutmasslichen Dieb verhaftet und Kleidungsstücke im Wert von mehreren hundert Franken sichergestellt.

16.09.2015

Elsau: Bei einem Arbeitsunfall am Mittwochnachmittag in Räterschen zog sich ein Mann tödliche Verletzungen zu.

16.09.2015

Kanton Zürich: Die Kantonspolizei Zürich hat mit der Unterstützung von kommunalen Polizeikorps zwischen dem 17. August und dem 13. September 2015 in der Umgebung von Schulhäusern und Kindergärten zahlreiche Schwerpunktaktionen zum Schulanfang durchgeführt.

16.09.2015

Effretikon: Unbekannte Diebe haben in der Nacht auf Mittwoch bei einem Einbruch in ein Gewerbehaus in Effretikon Sachwerte im Betrag von einigen zehntausend Franken gestohlen.

15.09.2015

Oetwil am See: Zeugenaufruf. Bei einem Selbstunfall mit einem Fahrzeug ist am frühen Dienstagmorgen in Oetwil am See Sachschaden entstanden. Verletzt wurde vermutlich niemand. Der Verursacher entfernte sich von der Unfallstelle, ohne sich um den Schaden zu kümmern.

13.09.2015

Flughafen Zürich: Die Kantonspolizei Zürich hat am Sonntag am Flughafen Zürich zwei mutmassliche Betäubungsmittelhändler verhaftet.

13.09.2015

Bezirk Bülach: Warnung, Zeugenaufruf. Die Kantonspolizei Zürich hat seit mehreren Wochen und mit einer Zunahme im Monat September im Bezirk Bülach vermehrt Anzeigen von Opfern entgegen genommen, denen Unbekannte unvermittelt Halsketten vom Hals rissen. Der Wert der Beute dürfte einen Betrag von einigen tausend Franken betragen.

10.09.2015

Dietikon: Die Kantonspolizei Zürich hat am Donnerstag in Dietikon anlässlich einer Hausdurchsuchung über zwanzig Kilogramm Marihuana sichergestellt. Eine Person wurde verhaftet.

10.09.2015

Schlieren: Die Kantonspolizei Zürich hat am Donnerstagmittag in Schlieren drei international tätige Kriminaltouristen aus Bulgarien nach einem Taschendiebstahl in einem Lebensmittelgeschäft verhaftet.

10.09.2015

PJZ: Projektierung. Das Polizei- und Justizzentrum Zürich PJZ hat einen weiteren bedeutenden Meilenstein erreicht: die Projektierungs- und Konzeptphase sind abgeschlossen. Damit ist die Grundlage für die Ausschreibung gelegt.

10.09.2015

Winterthur: Bei einem Arbeitsunfall mit einem Gabelstapler ist am Donnerstagmorgen in Winterthur-Töss ein Mann schwer verletzt worden.

www.protect-it.ch

DAS LAND DER AUFRECHTEN: ZENTRALAFRIKA KOMMT NICHT ZUR RUHE

Schüsse aus automatischen Waffen direkt vor meiner Haustüre, die Menschen in den Strassen rennen um ihr Leben, während marodierende Soldaten mit maskierten Gesichtern um sich schiessen, jede Ansammlung von mehr als drei Menschen gewaltsam auseinandertreiben, die ersten Toten nach wenigen Stunden. Militärputsch der Präsidentengarde drei Wochen vor den Neuwahlen, nur knapp ein Jahr nachdem die Bevölkerung des Landes den diktatorisch regierenden Langzeitpräsidenten aus dem Land gejagt hat.

> von Anton Wagner

Live-Report

Im Fernsehen jede halbe Stunde hastige Berichte: Die Regierung ist am Freitag dem 16. September mitten in einer Kabinettssitzung gekidnappt worden, der Präsident der Übergangsregierung und sein Ministerpräsident und das Kabinett verhaftet und eingesperrt. Der Putsch ist durch die Präsidentengarde und deren Chef Gilbert Diendéré initiiert und gegen die amtierende Übergangsregierung und den Übergangspräsidenten gerichtet. Die 1 300 Mann starke Präsidentengarde, die als persönliches Machtinstrument des Expräsidenten Compaoré aufgebaut worden war, sieht nach dessen Abgang ihre Existenz durch die anstehenden freien demokratischen Wahlen gefährdet. Und manch ein Politiker und Armeemachthaber hat sich unter der Vetternwirtschaft des alten Regimes kräftig bereichert, an Land, Immobilien und Barem, das im Ausland versteckt parkiert wurde. Manche horteten sackweise bares Gold aus den Minen des Landes und Kisten voller Devisen zu Hause, die ganze Clique lebte in Saus und Braus, während 90 % der Bevölkerung an der Armutsschwellen dahin darben. Das Land der «Aufrechten» zählt zu den 10 ärmsten Ländern der Welt.

COMPAORÉ - EINE FAMILIE WIE DIE PEST

Hatte vor Präsident Blaise Campaoré der charismatische Michel Sankara mit teils guten aber auch unrealistisch-sozialistisch angehauchten Ideen das Land aus der Misere zu bringen versucht (auf sein Konto gehen die Gleichstellung der Frau und eine umfassende Landreform, wie auch der Kampf gegen Korruption und die Abhängigkeit von der Ex-Kolonialmacht Frankreich), wurde er von Blaise Campaoré und einer Offiziers-Gruppe weggepuscht ermordet. Compaoré regierte das Land Präsidialdemokratie, in Wahrheit als unerbittlicher Diktator, der es verstand, seine Gegner regelmässig aus dem Weg zu räumen. Das meiste, was sein Vorgänger Sankara in die Wege geleitet hatte, machte er rückgängig. Er wandte sich wieder Frankreich zu, liberalisierte die Wirtschaft und schuf ein Klima der Repression. Der agile Präsident stützte sich immer auf die Kampfkraft seiner persönlichen «Prätorianergarde», die er mit Privilegien, hoher Bezahlung und jeglicher Immunität zu bedingungsloser Loyalität verführte.

Er überstand drei Putschversuche – bei denen auch 1989 frühere Weggefährten wie Zongo und Lingani erschossen wurden. Aus den Parteien und Organisationen, die Compaorés Politik mittrugen entstand schliesslich seine Regierungspartei «Congrès pour la Démocratie et le Progrès», CDP. Um seine Regierung auch international tragbar zu machen, um an die zahlreichen Hilfsgelder aus dem spendablen Ausland zu kommen, kam es 1990/91 in Burkina Faso zu

MILITÄR-PUTSCH IN BURKINA FASO

einer formalen Demokratisierung; Compaoré liess eine Verfassung ausarbeiten, die 1991 in einem Referendum von der Bevölkerung angenommen wurde. Die folgenden Präsidentschaftswahlen wurden von der Opposition boykottiert und zu einem Misserfolg für Compaoré, der seine Macht bei einer Wahlbeteiligung von nur 27 % eigentlich nicht legitimieren konnte. Bei den Wahlen von 1998 wurde der korrupte Präsident durch alle denkbaren Tricks – darunter auch die Ermordung des kritischen Journalisten Norbert Zongo, zwar im Amt bestätigt. Die darauf folgende landesweite Krise mit zum Teil gewalttätigen Protesten liess er niederschlagen. Und 2005 rette der Präsident sein Amt nur dank einer umstrittenen Verfassungsänderung.

COMPAORÉ – DIKTATOR UND FRIEDENSSTIFTER?

Schwerwiegend sind die Vorwürfe gegen den Ex-Präsidenten, Vorwürfe, in den Bürgerkriegen von Liberia und Sierra Leone beteiligt gewesen zu sein und am Handel von Waffen und sogenannten «Blutdiaman-

Putschistenführer General Gilbert Diendéré im Präsidentenpalast in Ouagadougou nach dem Militärputsch.

ten» profitiert zu haben. Der ehemalige liberianische Präsident Charles Taylor, der als Freund Compaorés gilt, organisierte seinen Angriff von Burkina Faso aus, das ihm Asyl gewährt hatte. Einige Nachbarländer beschuldigten Compaoré, destabilisierenden Einfluss auszuüben, indem er Oppositionelle und Rebellen unterstütze und beherberge. Dennoch konnte sich Compaoré einige politische Erfolge zuschreiben, so als Vermittler und Friedensstifter bei zahlreichen Krisen in Afrika, zum Beispiel nach dem Tod des Präsidenten von Togo, Gnassingbé Eyadéma. Der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste endete in der schwersten aussenpolitischen Krise des Landes. Burkina Faso wurde von der Elfenbeinküste beschuldigt, die Rebellen zu unterstützen, und wollte seinerseits ein militärisches Eingreifen nicht ausschliessen, um den etwa zwei Millionen Burkinern oder Burkinischstämmigen beizustehen, die bei den Unruhen in der Elfenbeinküste Zielscheibe von Gewalt wurden. Die Normalisierung der Beziehung und die Vermittlung des Vertrags von Ouagadougou zur Beendigung des Bürgerkriegs gelten als Erfolg der Diplomatie Burkina Fasos und Compaorés.

MACHTHUNGRIG – VERFASSUNGSWIDRIG

2014 sollte es wieder eine Verfassungsänderung richten, um Compaoré eine fünfte Amtszeit zu ermöglichen. Dies führte Anfang 2014 zur grössten Demonstration im Lande und in der letzten Oktoberwoche zu einer eklatanten Explosion des Unmuts der Bevölkerung mit Protesten aus und massiven Ausschreitungen in den grösseren Städten.

Am 30. Oktober 2014, dem Tag der geplanten Abstimmung, entmachtete das Militär die Regierung und löste das Parlament auf. Am folgenden Tag trat Compaoré als Präsident zurück; Armeechef Nabéré Honoré Traoré installierte eine Übergangsregierung. Der Vizechef der Präsidentengarde, Oberst Isaac Yacouba Zida wurde Ministerpräsident und am 16. November wurde Michel Kafando als ziviler Übergangspräsident für 1 Jahr berufen. Freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden für den 11. Oktober 2015 angesetzt. Compaoré hatte zwischenzeitlich das Land verlassen und war in den Nachbarstaat Elfenbeinküste geflohen.

MILITÄRS VERLIEREN DIE MACHT – VERZWEIFELTER PUTSCH

Am 16. September 2015 nachmittags, 3 Wochen vor den Wahlen, kommt es zum Militärputsch der Präsidentengarde gegen die amtierende Übergangsregierung und den Übergangspräsidenten. Nach der Verkündung des Regierungssturzes im Fernsehen durch die Putschisten am 17. September 2015, steht die Jugend des Landes auf und organisiert sich zu heftigen Protesten in Ouagadougou, die aber durch die Putschisten umgehend und gewaltsam aufgelöst werden.

Eine nächtliche Ausgangssperre und ein Versammlungsverbot sollen den Wiederstand brechen. Radiostationen werden stumm gemacht, Soldaten der Garde verprügeln Redaktoren und zerstören die Aufnahme- und Sendeanlagen.

Gleich geht es unbotmässigen Fernsehstationen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und die Afrikanische Union verurteilten den Putsch aufs Schärfste. Burkina Faso wird aus der Afrikanischen Union ausgestossen.

Am 18. September, zwei Tage nach dem Militärputsch wird der am Mittwoch festgenommene Übergangspräsident Michel Kafando, unter dem internationalen Druck und angesichts der wachsenden Unruhen im Lande, von den Putschisten freigelassen. Der Anführer der Putschisten, General Gilbert Diendéré, will die Freilassung als «Zeichen unseres guten Willens» verstanden wissen. Zusammen mit Kafando kommt nahezu das gesamte Kabinett auf freien Fuss. Der Ministerpräsident der Übergangsregierung, Isaac Zida, bleibt aber weiterhin verschwunden. Zida war einst stellvertretender Kommandeur der Präsidentengarde, die den Putsch ausführte. Die seit Mittwoch geschlossenen Landesgrenzen wurden am Freitag ebenfalls wieder geöffnet. Beim Umsturz und den folgenden Protesten sind mindestens zehn Menschen getötet und Hunderte verletzt worden.

Den Putsch begründet Putschanführer Diendéré mit «schwerwiegenden Sicherheitsdefiziten» im Land. Tatsächlich geht es um die geplante Auflösung der Compaoré ergebenen Präsidentengarde sowie einen Passus im neuen Wahlgesetz, der ehemaligen Würdenträgern des Compaoré-Regimes eine Teilnahme untersagt. Diendéré bestreitet aber Kontakte zu dem im ivorischen Exil lebenden ehemaligen Präsidenten zu unterhalten. In Ouagadougou wird jedoch spekuliert, Compaoré betreibe seine Rückkehr aus der Elfenbeinküste. Der Sitz seiner Partei in Ouagadougou ist kurz nach dem Putsch von einer aufgebrachten Menge verwüstet worden.

MEDIATION – FAULER KOMPROMISS OHNE CHANCE

Am Wochenende verhandeln die Präsidenten Benins und Senegals, Thomas Boni Yayi und Macky Sall, mit den Putschisten in Ouagadougou. Sall hat gegenwärtig den turnusgemässen Vorsitz der Wirtschaftsgemeinschaft in Westafrika (Cedeao) inne, er gilt als geschickter Vermittler. Die Cedeao hat den Putsch ebenso wie die Afrikanische Union umgehend verurteilt und eine sofortige Wiedereinsetzung der Übergangsregierung gefordert. Während der Verhandlungen haben wütende Bürger das Hotel in dem die Verhandlungen stattfinden umzingelt und liefern sich heftige Schlägereien mit Soldaten und Sympathisanten der Putschisten. Auch in etlichen Quartieren der Hauptstadt wie auch in anderen Städten des Landes wird nachts geschossen, erneut sind Tote zu beklagen. Die Strassen sind wie leergefegt, Angst beherrscht das Land, denn viele kriminelle Banden nut-

MEDIATION, FAULER KOMPROMISS OHNE CHANCE

MILITÄR-PUTSCH IN BURKINA FASO

zen die Unruhe und das Fehlen der Ordnungskräfte, um zu plündern oder um persönliche Rechnungen zu begleichen.

Die Verhandlungen ziehen sich hin. Dann einigen sich die gestürzte Regierung und die putschenden Militärs am Sonntag auf ein fragwürdiges Abkommen. Demzufolge sollen sich die Militärs aus der Regierung zurückziehen, der abgesetzte Präsident Michel Kafando zurückkehren und den Putschisten mit einem Amnestie-Gesetz Straffreiheit zugesichert werden. Ausserdem sollen spätestens am 22. November Präsidenten- und Parlamentswahlen stattfinden bei denen auch Anhänger des früheren Präsidenten Blaise Compaoré kandidieren dürfen.

ARMEECHEF FORDERT NIEDERLEGUNG DER WAFFEN – ARMEE RÜCKT AUF HAUPTSTADT VOR

Die Bewegung «Le Balai Citoyen» (Der Besen der Bürger), die vor einem Jahr zum Sturz von Präsident Compaoré beigetragen hat, lehnt das Abkommen ebenso ab, wie der Chef der regulären Armee des Landes. Man werde sich bis zum Äussersten gegen die Vereinbarungen wehren, erklärt die Zivil-Bewegung auf Facebook. Der Chef der regulären Armee fordert die Anführer des Staatsstreichs mit deutlichen Worten auf, ihre Waffen umgehend niederzulegen. Am Montag setzt sich die Armee aus den Provinzen mit Infanterie und schwerem Gerät in Richtung Hauptstadt in Bewegung, um die Machtzentrale des Landes einzukesseln. Dutzende Panzer rollen schliesslich unter dem Jubel der Bürger am Strassenrand nach und nach in die Hauptstadt sein, um die aufständischen Militärs um General Diendéré zum Aufgeben zu zwingen, notfalls mit Gewalt, was einem Bürgerkrieg gleichkäme.

DIENDÉRÉ IST IMMER NOCH SELBSTSICHER – PUTSCH GESCHEITERT?

Inzwischen hat sich der zurzeit entmachtete Präsident der Übergangsregierung Kafando in der französischen Botschaft in Ouagadougou in Sicherheit gebracht. In einer Botschaft der Putschisten hat General Diendéré zugestanden, dass die Macht rasch an die Zivilregierung zurückgegeben werde, falls die ausgehandelten Konditionen umgesetzt würden.

Am Dienstag soll bei einem Sondergipfel der Afrikanischen Union über die Krise und eine mögliche Lösung beraten werden.

GESPANNTE RUHE

Nach einer relativ ruhigen Nacht, während der das Militär die Strassen der Hauptstadt sicherte, warten alle Beteiligten auf die Resultate der Konferenz der afrikanischen Staaten, die derzeit in Nigeria stattfindet. Der Führer der Putschisten, General Dientéré, weigert sich, seine Position aufzugeben oder gar die Waffen seiner Garde niederlegen zu lassen, bevor die Resultate dieser Konferenz vorliegen. Inzwischen ist der Premierminister Zida freigelassen worden, er befindet sich in Sicherheit und bei guter Gesundheit.

Die grossen Plätze der Hauptstadt sind voll von Menschen, Hunderte warten gespannt, was in den nächsten Stunden passiert. Immer wieder brechen die Emotionen durch, Rufe nach Rache und Unruhe ja Ungeduld zeigen sich in spontanen Aktionen Einzelner. Man will etwas unternehmen, alle sind müde, also schreit man Kampfrufe, zündet Feuer an oder rennt in Gruppen in die Nebenstrassen los. Das Militär, inzwischen in der ganzen Hauptstadt präsent, sichert die Geschäfte vor Übergriffen und weist die Hitzköpfe in die Schranken. So bleibt es, nach ausufernder Gewalt der letzten Tage und Nächte, ruhig. Die Menschen gehen ihren Geschäften nach, der Verkehr ist wieder recht normal, weniger Autos, wegen der vielen Strassenblockaden, aber umso mehr Motorräder, Velos und Handkarren. Man muss ja einkaufen, seine Rechnungen bezahlen und Benzin organisieren, nachdem das ganze Alltagsleben für etliche Tage stillstand. Im Internet kursieren die Bilder der zahlreichen Toten, Facebook ist der Schlüssel zur Kommunikation der Zivilgesellschaft.

Live-Report

EINSATZ – MARSCH!

Ein befreundeter Polizist berichtet von angespannten Ruhe bei der Polizei, man wartet jeden Moment auf Einsatzbefehle. Besonders nachts sind die Patrouillen wilden Attacken von Dieben und marodierenden Jugendlichen ausgesetzt.

> «MAN GEHT NUR MIT DURCHGELADENER WAFFE UND MIT MINDESTENS 5 KOLLEGEN AUF STREIFE»

«Es ist wie im Krieg, nur schlimmer, im eigenen Land; jeder fürchtet sich davor schiessen zu müssen! Gerade gestern hat eine Gruppe ein kleines Handelsgeschäft auseinandergenommen, um ein paar Säcke Reis und Mehl zu stehlen, wir haben sie auf frischer Tat ertappt und statt sich zu ergeben, haben uns diese Idioten mit Eisenstangen angegriffen. Wir haben sie mit unseren Schlagstöcken hart angepackt. Erst als der erste blutend am Boden lag, sind sie geflüchtet! Trotzdem hat es zwei von uns erwischt – eine schwere Quetschung am Arm und ein blutender Kopf – für nichts, wirklich, das nervt! Diese dummen, kleinen Gauner!»

Polizeieinsatz ▸

Live-Report

LETZTER UPDATE ZU BURKINA FASO

Am Mittwoch wird der Übergangspräsident Kafando wieder in sein Amt eingesetzt. Bereits am Donnerstag will er mit seinem wiedereingesetzten Kabinett tagen, um die Ordnung im Land wiederherzustellen. An der Konferenz der Afrikanischen Union wurden die Putschisten unter Genreal Tiendéré aufgefordert, ihre Waffen niederzulegen und in die Kasernen zurückzukehren. Mit dem regulären Militär haben die aufständische Präsidentengarde eine Vereinbarung, eine Art Nichtangriffspakt abgeschlossen, um ein schweres Blutvergießen im Lande zu verhindern.

IN ALLEN GROSSEN STÄDTEN, INSBESONDERE IN OUAGADOUGOU, IST WIEDER RUHE EINGEKEHRT, DIE STRASSENBARRIKADEN SIND VERSCHWUNDEN, ALLE EINSCHRÄNKUNGEN AUFGEHOBEN, DIE LÄDEN SIND WIEDER OFFEN UND ES HERRSCHT ALLTAG.

Dennoch ist es zu früh, von einer befriedigenden Lösung zu sprechen. Nach wie vor sind zwei wichtige Fragen und Forderungen der Putschisten offen. Das eine Problem betrifft die Teilnahme der dem aus dem Lande vertriebenen Präsidenten Compaoré nahestehenden Kreise, an der anstehenden Wahl von Parlament und Präsident, aber auch der Zeitpunkt der ursprünglich auf den 1. Oktober geplanten Wahlen ist offen. Die zweite Diskussion, und sie dürfte schwieriger sein, betrifft eine mögliche Amnestie für die Putschisten, die natürlich ungeschoren davonkommen möchten, obwohl sie für die schweren Unruhen, die Destabilisierung des Landes, für Tote und viele Verletzte verantwortlich sind und letztlich sogar die Gefahr eines echten Bürgerkrieges heraufbeschworen haben.

Ob Kafando und sein Übergangskabinett die Putschisten zur Rechenschaft ziehen werden, darf bezweifelt werden. Dies wird wohl eine der schwersten, ersten Aufgaben der nächsten regulär gewählten Regierung.

Flüchtlinge

MIGRATION: DAS ELEND DER FLÜCHTLINGE

BERICHTE VON FLÜCHTLINGEN UND SCHLEPPERN, HELFERN UND ENTSCHEIDERN.

> von Ralph Büsser

Mehr als 160 000 Menschen sind seit Jahresbeginn Richtung Europa geflohen - getrieben von Krisen und Kriegen in ihren Heimatländern. Um Europa zu erreichen, nutzen die Flüchtlinge unterschiedliche Routen. Bei dem Versuch, übers Mittelmeer nach Europa zu kommen, sind allein seit Januar mehr als 1 800 Menschen ums Leben gekommen.

Schlepper bieten den Flüchtenden an, Grenzen auf dem Weg nach Europa zu überwinden – meist für sehr viel Geld. Ihr Geschäft machen viele von ihnen mit der Hoffnung und Verzweiflung der Flüchtlinge. Für die Schlepper ist die Flucht ein gutes Geschäft: Sie setzen die Verzweifelten oft in überfüllte, längst kaputte Boote oder lassen sie bei ihrer Überfahrt allein.

DER LANGE WEG DES AHMAD – EINE GESCHICHTE VON TAUSENDEN

Angst? Die bräuchten sie nicht zu haben, sagte der Schlepper zu Ahmad und anderen Flüchtlingen, die sich gemeinsam mit ihm auf den Weg nach Europa gemacht. Doch auf dem überfüllten Boot sei die Angst aber allgegenwärtig gewesen, erzählt er: «Der Weg ist klar: Entweder du kommst an oder du stirbst», sagt Ahmad. Ahmad flüchtete 2013 vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Bis er in Europa, in Deutschland ankam, verging ein Jahr. Sein Plan: Von Zuwara im Westen Libyens wollte er nach Europa übersetzen.

Zwei Anläufe brauchte er dafür – im Vergleich zu anderen Flüchtlingen ging das schnell. «Das erste Mal haben wir 25 Tage auf unsere Überfahrt gewartet. Jeden Tag haben sie uns einen anderen Grund genannt, warum es noch nicht losging. Das Essen, das sie uns gaben, reichte um zu überleben, mehr nicht. Wasser hatten wir nur wenig. Und die Toiletten …», sagt Ahmad.

Dann war es soweit: Mitten in der Nacht brach die Gruppe auf. Alle halfen sich gegenseitig: Ahmad trug ein vier Jahre altes Mädchen über den Strand, watete mit ihr durch die Wellen bis zum Schlauchboot, das sie auf das Meer zu einem grösseren Boot brachte. In seiner Gruppe seien sie etwa 150 gewesen – alle aus Syrien, erinnert sich Ahmad. An Bord des Holzbootes waren 450 Menschen, vielleicht auch mehr.

www.protect-it.ch

ENTWEDER DU KOMMST AN ODER DU STIRBST

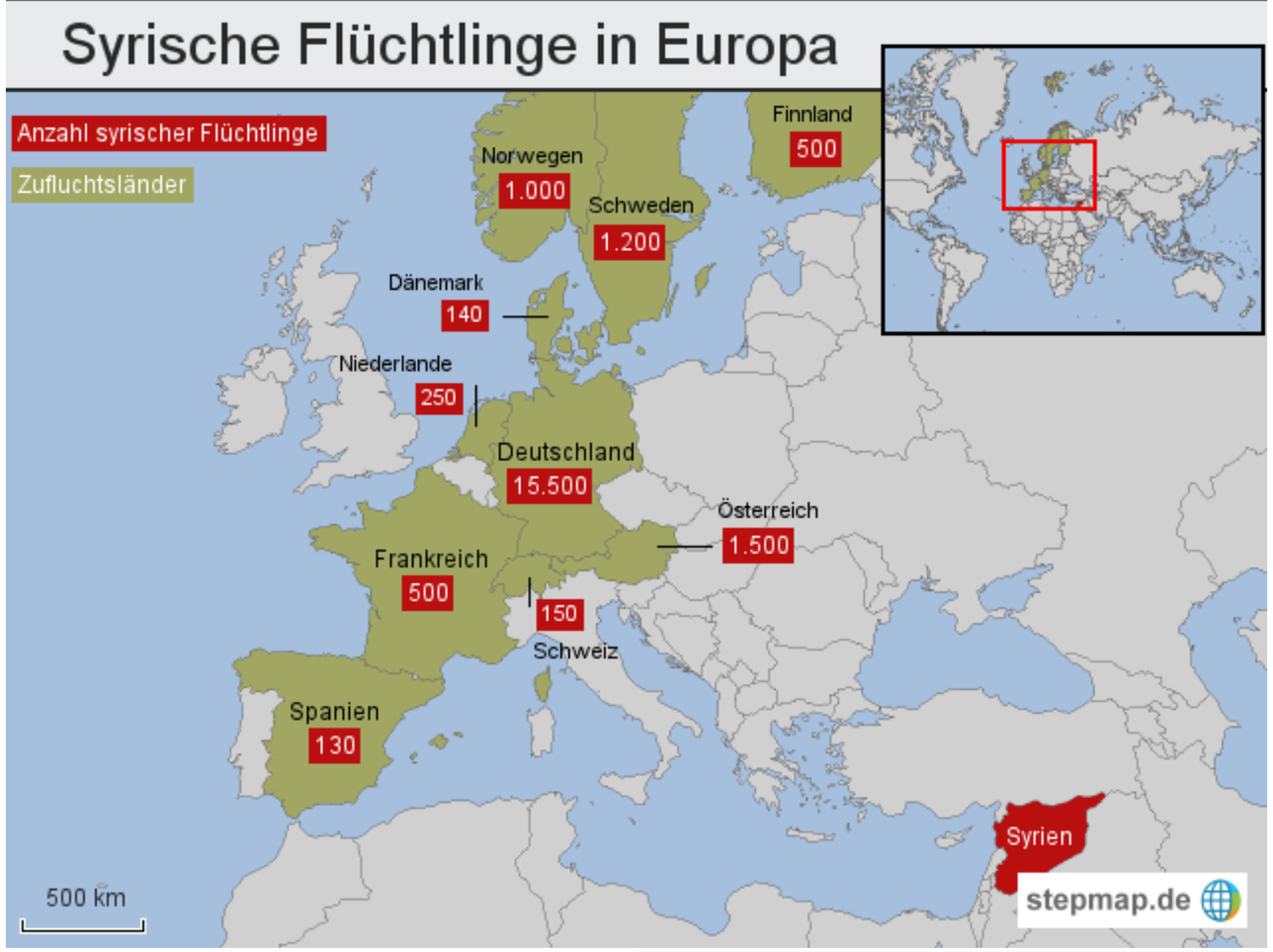
Erst auf dem Boot führten mehrere Schlepper ihre Flüchtlingsgruppen zusammen. «Der Schlepper hatte uns gesagt, dass das Boot gut sei, dass nur wenige Flüchtlinge darauf fahren würden. Wir sollten keine Angst haben. Alles sei sicher und in bester Ordnung», berichtet Ahmat: «Als wir ankamen, haben wir gemerkt, dass das alles Lügen waren. Es gab Leute, die versucht haben, umzukehren, weil sie Angst hatten.» Doch sie seien daran gehindert worden. «Umkehren, das ist unmöglich. Der Weg ist klar: Entweder, du kommst an oder du stirbst», sagt Ahmad.

Routen zurück nach Hause gibt es für die Flüchtlinge nicht. So wird Libyen zur Falle, sagt Sarah Khan vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen: «Es sind grosse Netzwerke, die die Menschen an Bord der Schiffe drängen – auch wenn die ihre Meinung ändern. Die Menschen werden einfach auf ein Boot gesetzt, auch wenn sie nicht wollen. Es gibt keine Netzwerke, die sie wieder nach Hause zurückbringen. Der Weg geht nur nach Norden.»

Zunächst auch für Ahmad. Nach zwei Stunden auf dem offenen Meer sei der Motor ausgegangen. Ohne zu wissen, wo sie waren, seien sie weiter getrieben, erzählt er. Dann kamen Fischer: «Sie sagten, sie würden uns helfen, aber nur gegen Geld. Sie haben 20 000 Dollar verlangt, um uns in internationale Gewässer zu bringen. Wir hatten Angst, also waren wir einverstanden und haben bezahlt», erzählt Ahmad.

LOW-BUDGET-ROUTE NACH EUROPA

In Libyen verdienen viele am Geschäft mit der Flucht. Der Schlepper verlangt 600 bis 1 000 Dollar für die Fahrt von Libyen nach Italien. Es ist die Low-Budget-Route nach Europa, woanders zahlen Flüchtlinge mehr. Der Preis richtet sich nach dem Herkunftsland: Für Syrer ist es teurer als für Afrikaner. Denn die Schlepper wissen, dass bei ihnen mehr zu holen ist.



Inzwischen nehmen immer weniger Syrer die Route über Libyen. Zu gefährlich ist die Reise durch das Bürgerkriegsland. Der Bürgerkrieg in Libyen hat das Geschäft verändert: Die Schlepper verlangen das Geld bar – schon vor der Abfahrt. Eine Garantie in Europa anzukommen, gibt es nicht. «Du hast deine Chance – entweder es klappt oder es klappt nicht. Das hängt von deinem Glück ab», sagt Ahmad.

Beim ersten Anlauf hatte Ahmad kein Glück. Das Boot wurde gestoppt und zurück nach Libyen gebracht. Fünf Tage wurden Ahmad und die anderen Flüchtlinge von Bewaffneten festgehalten. Geschlagen wurden sie in dieser Zeit nicht. In anderen Abschiebelagern Libyens sieht es hingegen anders aus: Mehrere hundert Flüchtlinge harren dort zusammengepfercht aus, hocken auf dem Boden, ohne Kissen, ohne Decken, ohne medizinische Versorgung. Immer wieder berichten Menschenrechtsorganisationen, dass Flüchtlinge misshandelt und geschlagen, Frauen vergewaltigt würden.

HOFFNUNG UND VERZWEIFLUNG

EIN NEUER SCHLEPPER FÜR AHMAD

Ahmad musste versprechen, dass er keine weiteren Fluchtversuche unternimmt. Dann durfte er gehen. Sein erster Anruf galt einem neuen Schlepper. Wieder zahlte er 1 000 Dollar, wieder wartete er mit Hunderten anderen in einer viel zu kleinen Wohnung, wieder riskierte er, auf dem Mittelmeer sein Leben zu verlieren. Auf dem Boot mussten sie zwölf oder 13 Stunden stehen, erzählt Ahmad: «Wir mussten die ganze Überfahrt auf demselben Fleck im Boot bleiben.»

Doch diesmal hatte er Glück. Das Boot wurde von der italienischen Küstenwache aufgebracht. Sie nahm Ahmad und die anderen an Bord. Ob er seine Frau, die noch in Syrien ist, auf demselben Weg nach Deutschland holen würde? «Niemals», sagt Ahmad: «Ich habe diesen Weg auf mich genommen, um ihr zu helfen. Damit sie sicher nach Deutschland gelangt – auf legalem Weg.»

DER WEG ÜBER GRIECHENLAND

Abu Nimr hat sich in Ägypten verschuldet, um seiner Familie eine Überfahrt zu bezahlen. An der griechisch-mazedonischen Grenze haben viele Flüchtlinge genau wie er kein Geld mehr. Sie mussten bereits Schlepper für den Weg von der Türkei nach Griechenland bezahlen. Nun bräuchten sie Geld, um einen neuen Schlepper zu bezahlen, der sie über die Grenze bringt.

Flüchtlinge aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan wandern durchs griechische Grenzdorf Idoméni. Lazaros Oulis hat hier einen kleinen Bauernhof. Es werden immer mehr Menschen, sagt er: «Viele kommen hier vorbei. Jeden Tag 100 oder 200. Sie wollen rüber nach Mazedonien und dann weiter nach Deutschland, das sagen die jedenfalls. Das sind so viele, das können wir in unserem Dorf gar nicht bewältigen. Wenn ich aus meinem Haus geh, dann stehen da ganze Familien und sagen: Helft uns, wir haben Hunger. Gebt uns ein oder zwei Euro, gebt uns Brot oder Käse!»

Der kleine Wald gleich hinter dem Dorf zieht sich hinüber bis ins Nachbarland Mazedonien. In diesem Wald harren die Flüchtlinge aus, bis es dunkel wird, wollen dann über die Grenze. «Nachts frieren wir. Wir haben keine Decken, wir haben so viele Probleme», sagt Moez, ein Flüchtling aus Afghanistan. Es gebe weder zu essen noch zu trinken. «Hier ist niemand, der uns hilft. Das ist ein grosses Problem für uns», erzählt er. Sie wollten in andere Länder gehen, aber die mazedonische Polizei lasse sie nicht durch.

WARNSCHÜSSE DER GRENZPOLIZEI

Manchmal sind Schüsse zu hören. Es sind Warnschüsse von mazedonischen Grenzpolizisten. Jede Nacht nehmen mazedonische Grenzer etliche Flüchtlinge fest und schicken dann zurück über die Grenze nach Griechenland.

Die Hilfsorganisation «Ärzte ohne Grenzen» hat in Axioupoli, der nächstgelegenen grösseren Stadt, eine mobile Praxis aufgemacht. Hier hilft die australische Krankenschwester Danielle Ballantyne den Flüchtlingen: «Viele haben kleinere Verletzungen. Manche haben sich Blasen gelaufen, manche sind dehydriert, müssen dringend Wasser trinken. Die Leute sind das ja auch nicht gewohnt, kilometerweit zu marschieren. Sie wissen nicht, wo sie schlafen werden.» Viele seien erkältet, weil sie unter freiem Himmel schlafen müssten.

GELD HABEN DIE FLÜCHTLINGE NICHT MEHR

Die meisten der Flüchtlinge seien bislang junge Männer, aber jetzt kämen immer mehr Familien. «Ich denke, es werden sich auch immer mehr Ältere auf den Weg machen, die noch gut zu Fuss sind. Geld haben die Flüchtlinge, die hier im Norden Griechenlands gestrandet sind, nicht mehr», berichtet die Krankenschwester.

Die meisten sind seit Monaten unterwegs – quer durch den Nahen Osten, durch die Türkei und Griechenland. Ihre letzten Euro mussten sie den Schleppern bezahlen, die sie von der Türkei nach Griechenland geschleust hatten. «Aber hier brauchst du wieder Schlepper», sagt ein Flüchtling, «damit du von Griechenland rüber nach Mazedonien kommst – ohne Schlepper hast du keine Chance.»

NOCH LANGE NICHT AM ZIEL

Jede Nacht gingen sie an die Grenze und versuchten, rüberzukommen. «Aber die Polizei erwischt uns. Die Polizei hatte mich verhaftet und dann gesagt: Geh! Geh weg von hier!», erzählt Imal, ein junger Mann aus Afghanistan. Er will es trotzdem wieder versuchen, irgendwann nachts unerkannt über die Grenze nach Mazedonien zu kommen.

Dann ist Imal freilich noch lange nicht am Ziel. Er will zu Fuss weiter quer durch den Balkan ziehen, durch Serbien nach Ungarn und dann irgendwohin, wo er Arbeit findet und wo er sich ein neues Leben aufbauen kann. Vorerst aber ist seine Flucht in Idoméni zu Ende, dem kleinen Dorf an der griechisch-mazedonischen Grenze.

SCHLEPPER UND IHR MILLIONENGESCHÄFT

Mersin ist eine quirlige Hafenstadt an der türkischen Mittelmeerküste. Hier bieten Schlepper ihre Dienste an, hier wartet ihre Kundschaft. Syrien ist nicht weit. Früher fuhr zweimal die Woche eine Fähre von Mersin aus in die syrische Hafenstadt Latakia, keine 170 Kilometer entfernt. Heute haben etwa 50 000 Syrer in Mersin Zuflucht vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat gefunden.

Doch nicht alle Syrer hier sind Flüchtlinge. Einige sind Geschäftsleute, sie arbeiten im Schlepper-Geschäft und bieten ihren Landsleuten Passagen nach Europa an.

HANDYNUMMERN DER SCHLEPPER

Die Handynummern der Vermittler sprechen sich unter den syrischen Flüchtlingen schnell herum. Ruft man sie an, preisen sie die Tour wie ein Sonderangebot an: «Es kostet 4 800 Dollar pro Person», sagt ein Vermittler am Telefon. «Normalerweise nehmen wir zwischen 5 000 und 5 500 Dollar. Das Schiff ist 77 Meter lang – ein Frachtschiff, das bei jedem Wetter in See stechen kann. Es kann bis zu 1 000 Passagiere aufnehmen. Der Kapitän wird das Schiff nicht verlassen, keine Sorge. Der bekommt sein Geld erst, wenn alle Flüchtlinge sicher in Italien angekommen sind.»

Das Schiff, für das der Schlepper nun 1 000 Passagiere anwerben will, liegt vermutlich weit draussen vor Anker, irgendwo ausserhalb der türkischen Hoheitsgewässer. Ein gerade noch fahrtüchtiges, 77 Meter langes Frachtschiff ist auf dem Gebrauchtmarkt für weniger als eine Million Dollar zu haben.

Die Schlepper kalkulieren ein, dass das Schiff nach der Fahrt von der italienischen Küstenwache beschlagnahmt wird. Sie machen dennoch genügend Profit: Wenn 1 000 Passagiere jeweils 4 800 Dollar bezahlen, sind das insgesamt 4,8 Millionen Dollar. Zieht man den Preis von einer Million Dollar für das Schiff ab, bleiben 3,8 Millionen Dollar Profit.

IM SCHUTZ DER DUNKELHEIT

Die Flüchtlinge werden in kleinen Gruppen auf Fischerbooten zum Frachtschiff gebracht. Nachts, im Schutz der Dunkelheit. Manchmal aber erwischt die türkische Küstenwache ein solches Fischerboot – wie in diesem Fall, den die Küstenwache dokumentiert hat: Der Hubschrauberpilot meldet an seine Zentrale: «Seit zehn Minuten verfolgen wir ein Fischerboot namens ‚Asia'. Es sind Menschen an Bord, vermutlich Flüchtlinge … viele Menschen.»

Der Hubschrauberpilot lotst das Schnellboot der türkischen Küstenwache heran. Einsatzkräfte entern das Fischerboot. Kinder an Bord fangen an zu schreien. Ein Offizier gibt dem Kapitän des Fischerbootes über Funk einen klaren Befehl: «Eine Weiterfahrt ist Ihnen untersagt. Bleiben Sie in den türkischen Hoheitsgewässern! Ihr Schiff ist hiermit von der türkischen Küstenwache beschlagnahmt.»

HINTERMÄNNER ARBEITEN IM VERBORGENEN

Der Kapitän des Fischerbootes kommt wegen Menschenschmuggels vor ein türkisches Gericht. Das grosse Schiff, draussen vor der Küste, ausserhalb der türkischen Hoheit, wird nicht einmal kontrolliert. Die Hintermänner aber, die Schlepper in Mersin, arbeiten weiter im Verborgenen. Sie haben zumeist nicht einmal ein schlechtes Gewissen, im Gegenteil: Sie sehen sich als Dienstleister, weil sie ihren Landsleuten eine Flucht nach Europa ermöglichen. Einen legalen Weg nach Europa gibt es für die meisten Syrer nicht.

FLÜCHTLINGSKRISE: FINDET EUROPA EINE GEMEINSAME ANTWORT?

Hunderttausende wollen aus den Krisengebieten nach Europa fliehen, dem Elend und dem Tod entrinnen. Ihr Hilferuf stösst in der europäischen Politik auf unterschiedliches Gehör. 90 Prozent der Flüchtlinge kommen in nur acht EU-Ländern unter. Eine Aufteilung nach Quote – für einige Länder keine Option. Eine gemeinsame verbindliche europäische Antwort – bislang Fehlanzeige.

Die Gründe der Gegner sind unterschiedlich. Portugal und Spanien zum Beispiel verweisen auf ihre hohe Arbeitslosenquote. Lettland fühlt sich noch nicht bereit. Bislang hat das baltische Land nur etwa einhundert Asylbewerber anerkannt, mit der geplanten Quote kämen fünf Mal so viele.

«Wenn wir zurück in unsere Geschichte schauen, haben wir schon sehr viele Migranten aus sowjetischer Zeit bei uns. Deshalb ist das ein sensibles Thema in Lettland», sagt der lettische Innenminister Koslovskis. In Lettland haben rund 30 Prozent der Einwohner russische Wurzeln, denn Lettland wurde im Zweiten Weltkrieg von Russland überfallen und eingenommen.

QUOTE ALS ZUKUNFTSMODELL

Auch Polen war anfangs gegen den Vorschlag der EU-Kommission, Flüchtlinge mithilfe einer festen Quote in der EU zu verteilen. Zunächst soll es nur um 40 000 Menschen, vor allem aus Syrien und Eritrea gehen, die bereits in Griechenland und Italien sind. Aber die Quote soll ein Zukunftsmodell werden. Sie rechnet ein, wie gross und reich ein Land ist, wie viele Menschen dort arbeitslos sind und wie viele Flüchtlinge das Land schon aufgenommen hat.

Polen zum Beispiel hat im vergangenen Jahr gerade einmal 115 Syrer als Flüchtlinge anerkannt. Mit der neuen Quote bekäme das Land deutlich mehr Menschen zugeteilt. «Polen hat es sehr eindeutig gesagt, und steht damit keineswegs allein in der EU, dass solche Quoten für uns unannehmbar wären», sagte die polnische Regierungschefin Ewa Kopacz. In Polen finden im Herbst Parlamentswahlen statt. Mehr Flüchtlinge aufnehmen? Das käme bei vielen Wählern wohl nicht besonders gut an.

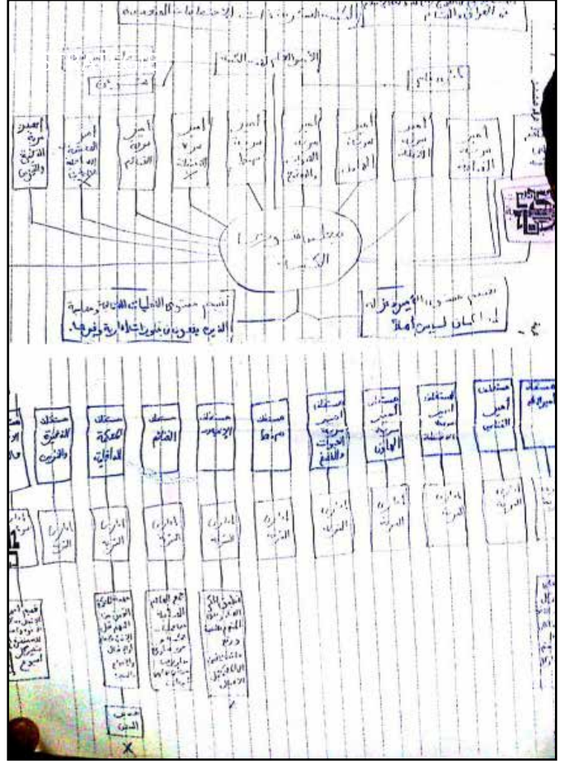
Und dennoch habe Polen seine Haltung geändert, sagen Diplomaten. Das Land schwenke über zu den Befürwortern der Quote. Zu denen gehören vor allem Italien, Schweden, Frankreich und Deutschland. Länder, die bereits viele Flüchtlinge aufgenommen haben und auf Entlastung hoffen.

«GEMEINSAME EUROPÄISCHE ANTWORT»

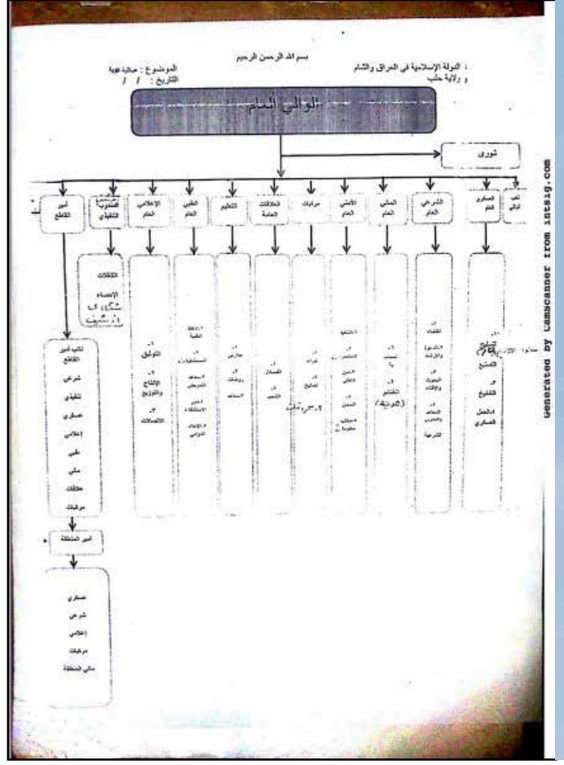
«Angesichts der Flüchtlingskatastrophe in Afrika, in Syrien, im Irak, mit all dem, was auch im Mittelmeer geschehen ist, wenn man das alles betrachtet, dann ist es wichtig, dass wir darauf eine gemeinsame europäische Antwort finden», sagt Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Eine gemeinsame europäische Lösung, die es bislang noch nicht gibt. 90 Prozent der Flüchtlinge kommen in nur acht EU-Ländern unter. Und dass, obwohl immer mehr Menschen nach Europa fliehen – durch Krieg, Krisen und Armut.

Grossbritannien und Irland machen nicht mit beim Schengener Abkommen, das Grenzkontrollen abgeschaffte und Reisefreiheit garantiert. Dänemark unterzeichnete das Abkommen zwar, sicherte sich jedoch Sondervereinbarungen. Es bleiben 25 EU-Länder. Ein Drittel von ihnen ist derzeit gegen eine feste Aufnahmequote. Ein weiteres Drittel ist unentschieden. Die Befürworter bekommen als noch keine Zwei-Drittel-Mehrheit zusammen. Die wäre aber notwendig.

«Die Entscheidung darüber, ob wir vorankommen, die wird zwar in Brüssel gefällt, aber nur geographisch», sagt EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Das heisst: Ob die Quote kommt, und wie fest oder lose sie sein wird, wird in den europäischen Hauptstädten entschieden. Zum Beispiel in Madrid, Lissabon, Prag und Riga. Die Konferenz, die in diesen Tagen in Brüssel diskutiert, soll Problem zwar nicht lösen, doch erste Erleichterung bringen. Derzeit wird über das Schicksal von gegen 120 000 Flüchtlingen und deren Verteilung in Europa diskutiert. Was wir aber sein, wenn die Zahl massiv ansteigt, auf 500 000, eine Million?



Handschriftliche Notizen der IS



IS-Organigramm

GEHEIME PLÄNE DER TERRORISTEN

Mit Strategieplänen hat die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) ihren Siegeszug in Syrien durchorganisiert. Dem «Spiegel» liegen in langjährigen Recherchen gefundene Geheimpapiere vor, die das systematische Vorgehen des IS belegen sollen. Dabei hat die Terrormiliz Methoden eines hochkomplexen Geheimdienststaates angewandt.

> von Anton Wagner

Die zumeist handschriftlichen Dokumente stammen von einem ehemaligen irakischen Geheimdienstoberst der Luftabwehr. Er hatte sich 2004 der Vorgängerorganisation des IS im Irak angeschlossen und war 2010 maßgeblich daran beteiligt, den nominellen Führer Abu Bakr al-Baghdadi an die Spitze des IS zu bringen.

INTERNES IS-ORGANIGRAMM

Der Oberst, der unter dem Tarnnamen Haji Bakr bekannt wurde, ging Ende 2012 nach Syrien; er war verantwortlich für die Machtübernahme des IS dort. Bakr wurde im Januar 2014 bei Gefechten getötet. In seinem Umfeld wurden streng geheime Dokumente gefunden, darunter Strategiepläne, die enthüllen, wie der Islamische Staat seinen Eroberungszug in Syrien plante.

Religiösen Fanatismus zeigen die Strategiepapiere des Islamischen Staates nicht, sondern eine Organisation wie bei einem Geheimdienststaat. Als Prediger getarnte Agenten des IS werden in Ortschaften geschickt und spionieren dort die Bevölkerung aus.

Es hat mit flächendeckender Ausspionierung, Überwachung und mit Morden begonnen. Unter dem Deckmantel islamischer Missionierungsbüros wurden laut den Plänen in Nordsyrien als Prediger getarnte Spione ausgebildet. Diese Prediger gingen dann für den IS in die Städte und Dörfer und sollten die Machtverhältnisse und Schwachstellen der jeweiligen Orte für die Terrororganisation in Erfahrung bringen.

REBELLENFÜHRER WURDEN AUSGESCHALTET

In einem nächsten Schritt sollten charismatische Führungsfiguren und Rebellenführer beseitigt werden. Dafür standen speziell etablierte Einheiten für «Ermordungen» und «Entführungen» bereit. Dadurch sollte potenzieller Widerstand frühzeitig ersticken werden. Erst dann sollten militärische Angriffe erfolgen, unterstützt von «Schläferzellen» mit Waffen und Kämpfern. Die Pläne sind exakt umgesetzt worden. Dies ergaben monatelange Recherchen in verschiedenen Provinzen Nordsyriens sowie ein zweiter Aktenfund aus dem Anfang 2014 verlassenen IS-Hauptquartier in Aleppo. Darin finden sich auf Hunderten Seiten die Protokolle, wie die eroberten Gebiete ausspioniert, überwacht und unterworfen wurden.

Vor den Extremisten des Islamischen Staats sind im Irak Tausende Familien auf der Flucht und haben ihre Häuser verlassen. Die Regierungstruppen kämpfen seit Monaten gegen die IS-Miliz. Im Irak wurden nach Schätzung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bisher rund 2,7 Millionen Menschen vertrieben.

Abu Bakr Al-Baghdadi

ABU BAKR AL-BAGHDADI

DER «KALIF» DES «ISLAMISCHEN STAATES»

> von Nadeem Khan

Als der unter dem Namen Abu Bakr al-Baghdadi bekannte Mann am 4. Juli 2014 auf die Kanzel der Grossen Moschee von Mosul stieg, um die Freitagspredigt zu halten, vollzog er einen tief symbolischen Akt, der um die Welt gehen sollte. Mit der Predigt stellte sich Baghdadi in die Tradition mittelalterlicher muslimischer Herrscher, denen die Freitagspredigt als fundamentale Bestätigung ihres Machtanspruchs diente.

SCHWARZ DER ABBASIDEN

Die schwarze Kleidung Baghdadis war eine Reminiszenz an die Dynastie der schwarztragenden Abbasiden, die im 8. Jahrhundert – nach dem Sieg ihrer unter schwarzen Bannern im östlichen Iran aufgebrochenen Truppen – die Kalifatswürde erlangten und bis ins 13. Jahrhundert von Bagdad aus weite Teile des Irak beherrschten. Die Wahl des Ortes für den öffentlichen Auftritt sollte auf die Zengidendynastie und ihren berühmtesten Vertreter – Nur ad-Din Zengi – hindeuten. Die Stadt Mosul war ab 1127 Stammsitz der Dynastie der Zengiden und verblieb etwa 150 Jahre unter ihrer Herrschaft. Unter Nur ad-Din erreichte die Dynastie ihre grösste Ausbreitung, ihr Herrschaftsgebiet erstreckte sich schliesslich über Teile des Nordirak, grosse Gebiete Syriens und Ägyptens.

GESCHICHTSBILDER ALS TREIBENDE KRAFT

Nur ad-Din wird sowohl in der modernen Geschichtswissenschaft als auch in der Erinnerung muslimischer Gesellschaften als einer der Hauptgegenspieler der Kreuzfahrer angesehen. Er steht jedoch meist im Schatten Saladins, der nach dem Tod Nur ad-Dins zum mächtigsten muslimischen Herrscher der Levante aufstieg. Saladins Ruhm speist sich hauptsächlich aus seinen Siegen über die Kreuzfahrer, die 1187 zur Einnahme Jerusalems führten. Während der Verweis auf muslimische Helden der Kreuzzugszeit gegenwärtig zum Standardrepertoire dschihadistischer Gruppen gehört, stellt gerade Nur ad-Din für den IS – insbesondere für den IS-Vordenker Abu Musab az-Zarqawi – eine besonders wichtige historische Referenzfigur dar.

AFGHANISTAN GESCHEITERT – NEUE CHANCE IM IRAK UND IN SYRIEN

Dies geht klar aus einem Nachruf des ehemaligen Sicherheitschefs Usama Bin Ladens – Sayf al-Adl – auf seinen Weggefährten Abu Musab az-Zarqawi hervor: Abu Musab war ein Bewunderer des einzigartigen islamischen Anführers Nur ad-Din, der den Befreiungs- und Reformprozess einleitete, welcher vom Helden Salah ad-Din (Saladin) abgeschlossen wurde. Dieses Interesse an Nur ad-Din war keineswegs rein akademischer Natur, denn Sayf al-Adl fährt fort: «Ich glaube, dass die Dinge, die er über Nur ad-Din und seinen Anfang in Mosul gelesen hatte, grossen Einfluss auf Abu Musabs Entscheidung hatte, nach dem Fall des Islamischen Emirats Afghanistan (der Talibanherrschaft) in den Irak und das nördliche Syrien zu gehen.»

Wie stark ein bestimmtes Geschichtsbild, respektive die Nachahmung eines historischen Vorbilds, die Handlungen des IS beeinflussen, zeigt gerade die Verehrung Nur ad-Dins druch den IS. Ihrer Meinung nach konnte Saladin die Kreuzfahrer nur besiegen und Jerusalem zurückerobern, da er selbst beziehungsweise sein Vorgänger Nur ad-Din zuvor zunächst die schiitischen Herrscher der Region in ihre Schranken gewiesen, ja teils beseitigt habe. Ein Sieg über die «Ungläubigen» sei also – so lehre die Geschichte – nur möglich, wenn zuerst die «Abtrünnigen» besiegt würden.

Die anti-schiitische Grundhaltung des IS und seiner Vorläufer ist also nicht nur im konfessionellen Gegensatz begründet, sondern wird auch vom teleologisch ausgerichteten Geschichtsbild getragen. Dass die

DIE ROUTEN
IS-TERRORISTEN
NACHH EUROPA

Ansichten Zarqawis für den IS – auch Jahre nach seinem Tod im Jahr 2006 – bis heute wegweisend sind, lässt sich an seiner stetigen Präsenz in der Propaganda des IS sowie in der zielgerichteten Umsetzung seiner Strategie erkennen.

STRATEGIEPAPIER – DER ZWANZIGJAHRESPLAN

Besonders interessant ist in diesem Kontext das vom IS scheinbar Punkt für Punkt abzuarbeitende Strategiepapier, das der jordanische Journalist Fouad Hussein in einem Buch vorstellte. Das unter dem Namen «al-Qaedas Zwanzigjahresplan» bekannt gewordene Konzept war Hussein aus dem Umkreis Zarqawis – wohl über den bereits erwähnten Sayf al-Adl – zugespielt worden. Für die Jahre 2007 bis 2010 sieht der Plan das Errichten einer starken Machtbasis im Irak vor – Ende 2006 schlossen sich, Zarqawis Plan folgend, mehrere sunnitische Gruppen zum IS-Vorläufer «Islamischer Staat Irak» zusammen. Dies sollte laut Strategie eine Ausbreitung auf Syrien im Zuge einer zunehmenden Konfessionalisierung zur Folge haben, wie sie im Zuge des Bürgerkriegs in Syrien ab 2011 tatsächlich Gestalt annahm. Die für diesen Zeitraum geplante Destabilisierung der Region durch Attentate in der Türkei, Jordanien und Israel blieb dagegen bisher aus.

VERNICHTUNG ISRAELS – JERUSALEM ALS ZIEL

Für 2010 bis 2013 sagt das Papier eine wachsende Destabilisierung der arabischen Staaten voraus, was die Bewegung zur Ausrufung eines Kalifats zwischen 2013 und 2016 nutzen solle. Dies wiederum münde in einen geradezu apokalyptischen Konflikt mit dem Westen und Israel, der einen Rückzug des Westens aus der Region und eine massive Schwächung, wenn nicht gar die Vernichtung des Staates Israel zur Folge haben werde.

Implizit handelt es sich bei diesem Plan um die Übersetzung des Zarqawischen Geschichtsmodells in Handlungsanweisungen: Zunächst seien Schiiten zu bekämpfen, um anschliessend Jerusalem einnehmen zu können. Dieses Prinzip wurde vom IS und seinen Vorläufern häufig mit dem Zarqawi-Zitat «Wir kämpfen im Irak, aber unsere Augen sind auf das Heilige Land (Jerusalem) gerichtet» untermauert.

Eventuell ist der Anschluss der ägyptischen Gruppe Ansar Bayt al-Maqdis an den IS am 10. November 2014 auch in diesem Kontext zu sehen. Ansar Bayt al-Maqdis (Die Unterstützer des Heiligen Landes) sind auf der Sinai-Halbinsel an der Grenze zu Israel aktiv. In Zarqawis Geschichtsbild stellt die Einnahme Ägyptens durch Nur ad-Dins Truppen den finalen Schritt der Vorbereitungen zur «Rückeroberung Jerusalems» dar.

SELBSTGEBASTELTES GESCHICHTSBILD

Es erübrigt sich beinahe zu erwähnen, dass die Geschichtsinterpretation Zarqawis grösstenteils ahistorisch ist. Nur ad-Din war zwar ein Förderer der Sunniten, und er unterdrückte Schiiten in seinem Herrschaftsbereich. Dies hinderte ihn aber nicht daran, sich auch mit schiitischen Herrschern gegen sunnitische zu verbünden. Zu einigen Kreuzfahrerstaaten, wie auch zum Byzantinischen Reich, unterhielt er gute Beziehungen. Dem Geschichtsbild von Nur ad-Din als grossem Vorkämpfer gegen die Kreuzfahrer liegt wahrscheinlich eine gezielte, teils retrospektive, zengidische Propaganda zu Grunde, die sein Wirken als Vorbereitung zur Eroberung Jerusalems darstellte.

Genau dieses ahistorische, Jerusalem-zentrierte Geschichtsverständnis dürfte bei der Wahl der Nuri-Moschee als Ort des ersten und bisher einzigen öffentlichen Auftritts des «IS-Kalifen» eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Betrachtet man ein architektonisches Detail der Moschee, erscheint dies besonders schlüssig: die Nuri-Moschee war ursprünglich mit Kalligrafien von Koranversen geschmückt war, die von Jerusalem als erster Gebetsrichtung der Muslime handeln.

Sie sieht den Bau der Moschee daher als Teil einer expliziten Jerusalemprogrammatik und -propaganda Nur ad-Dins. Die ursprüngliche Ausstattung dürfte zumindest Teilen der heutigen lokalen Bevölkerung bekannt sein, da die entsprechenden Kalligrafien in irakischen Museen zugänglich sind. Bei der Freitagspredigt in der Nuri-Moschee dürfte es sich daher unter anderem um einen subtilen Hinweis an Mitglieder und Unterstützer gehandelt haben, dass nach den Erfolgen gegen die «Abtrünnigen» (die Schiiten) nun – dem Beispiel Nur ad-Dins folgend – die «Rückeroberung Jerusalems» ins Auge zu fassen beziehungsweise in Angriff zu nehmen sei. ◂

ZUR PERSON

Nadeem Khan ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Exzellenzcluster «Religion und Politik» der Universität Münster. Der Geschichts- und Islamwissenschaftler forscht im Projekt C2-4 Monarchische Herrschaft und religiöse Vergemeinschaftung unter Leitung von Mittelalter-Historiker Prof. Dr. Wolfram Drews. Seine Dissertation befasst sich mit dem muslimischen Herrscher Nur ad-Din Zengi (gestorben 1174) und seinen Beziehungen zu den sunnitischen Gelehrten seines Regierungssitzes Damaskus. Zu den Forschungsschwerpunkten des Autors gehören die Geschichte der islamischen Welt (Arabischer Raum und Südasien), die Ideengeschichte des Dschihad im Kontext der Kreuzzüge und religiöse Komponenten gewalttätiger Konflikte.

www.protect-it.ch

DIE BOMBARDIERUNGEN DES ISLAMISCHEN STAATES

> von Prof. Dr. Albert A. Stahel

Langstreckenbomber B-1B der USA

www.protect-it.ch

LANGSTRECKENBOMBER B-1B DER USA

Langstreckenbomber B-1B der USA

Ende der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts hatte das Pentagon die schweren Schwenkflügelbomber B-1A als Ersatz für die alten B-52-Bomber konzipiert. 244 B-1A sollten ursprünglich gebaut werden. Der Erstflug erfolgte am 23. Dezember 1974. Angesichts der technischen Schwierigkeiten, die die Entwicklung eines grossen Schwenkflügelbombers mit Überschallfähigkeit bereitete, wurde bereits 1975 über Alternativen zum B-1A nachgedacht. Obwohl viele Tests mit den B-1A-Prototypen erfolgreich waren, beschloss am 30. Juni 1977 der damalige Präsident Carter die Sistierung der Produktion der neuen Bomber. Die Weiterentwicklung wurde allerdings fortgesetzt und führte zum Langstreckenbomber B-1B, der mit zusätzlichem Treibstoff, einer grösseren Nutzlast an nuklearen Freifallbomben und Marschflugkörpern und dank Stealth-Anstrich im Tiefflug (im hohen Unterschallbereich) Ziele in der UdSSR bombardieren sollte.

Als Folge der zunehmenden Spannungen mit der Sowjetunion nach deren Afghanistan-Einmarsch im Dezember 1979 beschloss die Administration von Ronald Reagan im Oktober 1981 100 B-1B zu beschaffen. Gegenüber dem B-1A sollten Treibstoffkapazität um ca. 11 Tonnen und Waffenzuladung um ca. 23 Tonnen erhöht werden. Nach verschiedenen Erprobungen wurden die ersten acht B-1B zu Beginn 1986 an das Strategic Air Command (SAC) ausgeliefert. Am 2. Mai 1988 folgte die Lieferung der letzten geplanten B-1B. Zum damaligen Zeitpunkt waren die B-1B bis zur Produktionsaufnahme des Stealth-Bombers B-2A Spirit eine Art Zwischenlösung. Nachdem die Administration von Bush sen. die zu produzierende Anzahl der B-2A auf 21 eingeschränkt hatte, blieb die Bedeutung der B-1B-Flotte als Rückgrat der Langstreckenbomberflotte der USA erhalten.

Parallel zur Umorganisation der nuklearstrategischen Waffen wurde die aktive B-1B-Flotte schrittweise umorganisiert. Seit dem START-Vertrag mit Russland sind die B-1B-Bomber Lancer keine nuklearen Waffenträger mehr und dürfen nur noch mit konventionellen Waffen bestückt werden. Auch die Verwendung der sechs externen Aufhänger ist nicht mehr erlaubt. Die drei internen Waffenschächte im Rumpf, ausgerüstet mit konventionellen Abwurfsystemen oder Revolvermagazinen, weisen eine Waffenkapazität von insgesamt 34 Tonnen auf. Je nach Einsatzkonfiguration können die einzelnen Waffenschächte mit je Freifallbomben oder präzisionsgelenkten Bomben oder Lenkwaffen mit konventionellen Gefechtsköpfen aufmunitioniert werden:

- 28 MK-82-Freifallbomben mit je einer Sprengkraft von 227 kg
- 30 herkömmliche oder 30 WCMD-Clusterbomben (Wind Corrected Munitions Dispenser)
- 12 MK-65-Seeminen
- 24 Joint Direct Attack Munitions (JDAMs), GPS-gelenkte Bomben mit einer Sprengkraft von bis zu 408 kg
- 24 GBU-27-Paveway- oder 12 AGM-154-Joint-Standoff-Waepons (JSOWs), Gleitbomben
- 24 Flugkörper AGM-158 JASSM

www.protect-it.ch

Langstreckenbomber B-1B der USA

Seit 1995 ist der Bestand der Flotte reduziert worden. Nach dem Einmotten oder der Verwendung von B-1B als Ersatzteillager dürften heute noch 65 Maschinen einsatzfähig sein.

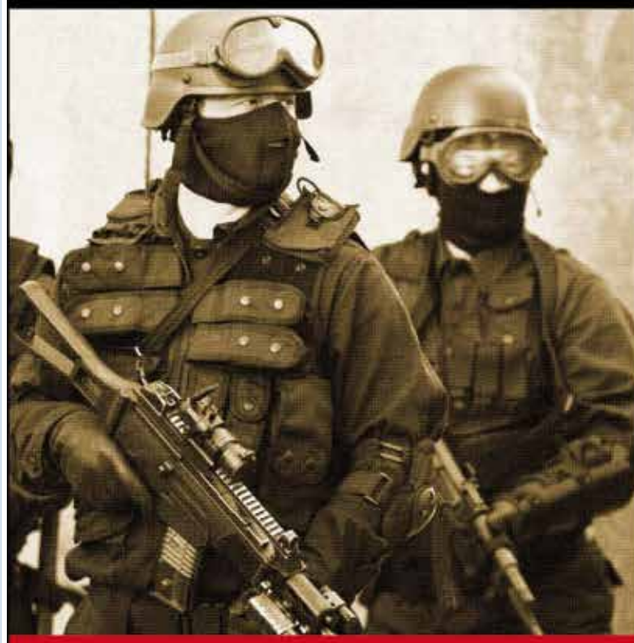
Wegen der umfangreichen Waffenzuladung und der Einsatzdauer von bis zu 10 Stunden dank Luftbetankung wird die B-1B-Flotte seit 25 Jahren für die Gefechtsfeldunterstützung der Bodentruppen der USA und ihrer Alliierten ununterbrochen in verschiedenen Kriegen eingesetzt. Zu den bisherigen Einsätzen gehörten die Operation Desert Fox von 1998 gegen den Irak, 1999 die Operation Allied Force gegen Serbien, ab 2001 die Operation Enduring Freedom gegen die Taliban in Afghanistan, ab 2003 die Operation Iraqi Freedom zuerst gegen die Armee von Saddam Hussein, später gegen die sunnitischen Aufständischen im Irak und im März 2011 die Operation Odyssee Dawn gegen Gaddafi.

Seit dem 23. September 2014 setzen die USA die B-1B-Flotte gegen den Islamischen Staat in Syrien und im Irak (Operation Inherent Resolve) ein. Für die Unterstützung der syrischen und irakischen Kurden bei der Rückeroberung der syrischen Stadt Kobane sind B-1B des 9th Bomb Squadron, stationiert in Dyess Air Force Base in Texas, befohlen worden. Gegen die gegnerischen Stellungen sowie gegen die durch die Jihadisten des Islamischen Staates eingenommenen Häuser und Brücken in und bei Kobane haben diese Bomber während 5 Monaten 660 Bomben abgeworfen. Auch Motorradfahrer wurden bombardiert. Gemäss amerikanischen Angaben sollen durch diese Bombardierungen über 1 000 Jihadisten des IS getötet worden sein. Die während Tagen und Nächten andauernden Bombardierungen haben im Endergebnis zum Rückzug des Islamischen Staates aus Kobane geführt. Die zahlenmässig abnehmenden Einsätze über Afghanistan ermöglichen den USA die Intensivierung der Bombardierungen der Stellungen und der Infrastruktur des Islamischen Staates in Syrien und im Irak durch B-1B, die auf dem Stützpunkt Al Udeid Air Base in Katar stationiert sind.

Diese B-1B-Einsätze sind ein Teil der vom August 2014 bis Juni 2015 erfolgten 11 045 Bomben- und Lenkwaffenabwürfe durch Kampfflugzeuge der US Air Force in der Operation Inherent Resolve über Stellungen von Jihadisten im Irak und in Syrien.

Die B-1B-Einsätze der vergangenen 25 Jahre stellen im Prinzip eine Fortsetzung der strategischen Bombardierungen durch die USA im letzten Jahrhundert dar. So warfen die amerikanischen Bomber der Typen B-17, B-25, Mitchell, B-24 und Liberator über die Gebiete in Europa, die vom Dritten Reich beherrscht wurden, von 1942 bis 1945 1 463 423 Tonnen an Bomben ab. Zu erwähnen sind auch die Bombardierungen Japans durch amerikanische B-29-Bomber. Dieser Bombertyp wurde auch im Koreakrieg von 1950-53 für die Zerstörung der Strassen- und Eisenbahnbrücken in Nordkorea eingesetzt. Zu erwähnen sind abschliessend auch die Bombardierungen, die die amerikanischen Langstreckenbomber B-52 im Vietnamkrieg von 1964-73 vorgenommen haben. Auf Anordnung von Kissinger warfen in der Operation Linebacker II, die vom 18. bis 29. Dezember 1972 dauerte, 200 B-52 in 729 Einsätzen 15 000 Tonnen Bomben über Hanoi und Haiphong ab. Vermutlich als Ergebnis dieser Bombardierungen wurde am 23. Januar 1973 in Paris ein Abkommen unterzeichnet, das den USA den Abzug aus Vietnam ermöglichte. ◂

SwissTactical®
essential gear



Westen, Holster, Gürtel, Gewehrtaschen, Schuhe, Selbstverteidigungsgeräte, biometrische Waffenschränke und vieles mehr. Alles zu Ihrem Schutz

Spezialanfertigungen, Muster und Farben nach Wunsch

Sicher von Kopf bis Fuss

Swissloxx Technical Products
Riedstrasse 6
CH-8953 Dietikon

Tel. 043 211 03 22
Fax 043 211 03 23
office@swissloxx.com

www.swissloxx.com

VERBRECHERJAGD MIT PROGNOSE

Crime mapping und geografische Fallanalysen bilden heute einen integralen Bestandteil der kriminologischen Forschung und kriminalistischen Arbeit. Ein weiteres Forschungsfeld beschäftigt sich mit der Untersuchung von «near repeats». Vor allem im Bereich des Tageswohnungseinbruchs gibt es eine Reihe von internationalen Studien, die belegen, dass geografische Bezirke, in denen ein Einbruch erfolgt ist, häufig in kurzer Zeit und im direkten Umfeld mit Folgedelikten rechnen müssen (near repeats). Auf dieser Grundlage wurde die «Near Repeat Prediction Method» entwickelt und im System PRECOBS implementiert.

> von Otto Lanz

MUSTERERKENNUNG UND TRIGGERDELIKTE

Die Herausforderung besteht darin, near repeats richtig und ad hoc zu prognostizieren. Dabei setzt man auf tatsächliche Erkenntnisse aus dem spezifischen Deliktfeld und erarbeitet Unterscheidungsmerkmale für die Erkennung von Täterprofilen (Einzel- oder Wiederholungstäter, Gelegenheitstäter oder professionelle Täter, spontanes oder strukturiertes und organisiertes Vorgehen). Die Gebiete, in denen Täter wiederholt auftreten, werden als near repeat gefährdet erkannt und bilden die Grundlage die automatisierte Prognostizierbarkeit von Wiederholungstaten.

PRE CRIME OBSERVATION SYSTEM PRECOBS

Precobs generiert unter Verwendung aktuellster Deliktdaten Prognosen, die von der Polizei für operative und präventive Zwecke verwendet werden können. Die Polizisten in der Recherche, den Leitstellen und in den Einsatzeinheiten erhalten zeitliche und räumliche Indikationen für eine lageorientierte Einsatzplanung. Die Prognosen können einfach in den täglichen Informationsfluss eingebunden werden. Künftige Kriminalitätsbekämpfung wird immer stärker von automatischen Analysesystemen unterstützt werden.

DIE POLIZEIARBEIT DER ZUKUNFT HAT BEGONNEN

Der schwarze Kreis auf dem digitalen Stadtplan ist ein Alarm. In diesem Gebiet mit einem Radius von 500 Metern wird in den nächsten zwei bis sieben Tagen ein Einbruch geschehen - mit einer Wahrscheinlichkeit von 85 Prozent. Die zuständige Polizei-Dienststelle wird informiert. Das ist keine Hollywood-Science-Fiction, sondern in den Testgebieten bereits Polizei-Alltag. Die alarmierende Prognose hat «Precobs» («Pre Crime Observation System») errechnet, ein Computerprogramm aus dem Ruhrgebiet.

EINFALLSREICHER ERFINDER – THOMAS SCHWEER

«In zehn Jahren wird das Standard sein», prophezeit der Sozialwissenschaftler Thomas Schweer. Der Wissenschaftler trägt ein kariertes Hemd und Turnschuhe. Er gilt als Erfinder von «Precobs» und ist ein gefragter Mann - Polizei-Verantwortliche aus ganz Europa klopfen bei ihm an, auch aus der Schweiz, wo Zürich und der Aargau das System aktiv nutzen.
Wenn in Zürich Polizisten das System mit den neuesten Verbrechensdaten gefüttert haben, spuckt es jeden Morgen seine Prognosen aus. In ihnen spiegelt sich das Verhalten von Profi-Einbrechern wider: «Menschen hinterlassen Muster», sagt Schweer. Um 14 Prozent sind die Einbrüche seither in Zürich zurückgegangen - in den Gebieten, die «Precobs» beobachtet, sind es sogar 30 Prozent.

«Bei einem Alarm gibt es zwei Möglichkeiten: Abschrecken durch sichtbare Präsenz, oder auf die Lauer legen durch unauffällige Fahndungstrupps», sagt Schweer. Je besser die Prognose, desto eher lohnt sich der deutlich höhere Aufwand von Fahndungstrupps: Doch der Aufwand lohnt sich: Oft enden damit Tatserien von 100 Einbrüchen und mehr.

PRECOPS ERKENNT EINBRUCHSSERIEN

Tatzeit, Tatort, Beute und Art der Tatbegehung, mehr braucht «Precobs» nicht zu wissen, um Einbruchsserien zu erkennen. Die Software ist Profi-Einbrechern auf den Fersen, Beschaffungskriminalität und Gelegenheitseinbrüche fallen buchstäblich durch das Raster.

«Wenn Sie Opfer eines Einbruchs werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Ihnen das nochmal passiert, um das Fünffache», sagt Schweer: «Der Täter lässt Ihnen nur etwas Zeit, um wieder aufzurüsten – die gestohlene Uhr, den Ring, das Smartphone.»

Jahrelang war der Sozialforscher mit der Polizei in Duisburg unterwegs, auch nachts auf Streife, hat den Polizisten für wissenschaftliche Studien über die Schultern schauen dürfen. Er hat dabei beobachtet, wie die Kriminalbeamten sich täglich durch einen Wust von Berichten quälen auf der Suche nach Ansätzen, der Kriminalität Herr zu werden. So entstand die Idee für Precobs.

DATENSCHUTZ

Datenschützer haben sich sein Programm aufmerksam angeschaut: «Mit denen haben wir überhaupt kein Problem, weil wir keine personenbezogenen Daten verwenden und auch keine Daten sammeln, die die Polizei nicht schon ohnehin gesammelt hat», sagt Schweer. Grundsätzliche Vorbehalte gebe es nicht. Beinahe überall werden Hunderte Polizisten aufgeboten, um in aufwendigen Grossaktionen Einbrecher zu suchen wie die berühmte Nadel im Heuhaufen. Doch nachdem viele Testgebiete, darunter Bayern, Zürich, Aargau, Basell-Land gute erste Erfolge mit «Precobs» melden, wird die neue Software zum gefragten Produkt. «Predictive Policing» heisst das neue Zauberwort der Kriminalisten – vorausschauende Polizeiarbeit. Schweer schaut derweil noch weiter voraus: Nicht nur für Einbrüche, auch für Kfz-Delikte, Raub und Brandstiftungen könne es bald Vorhersagen geben.

UNBEDENKLICH IST PRECOBS NICHT

Auf dem Europäischen Polizeikongress wurde das Predictive Policing beraten, die automatische Analyse von Polizeidaten und die daraus abgeleitete Vorhersage von zukünftigen Verbrechen. Die Polizei soll alle technischen Möglichkeiten haben, um ihre Aufgaben im Rahmen der Gesetze erfüllen zu können. Unbedenklich ist Precobs dennoch nicht, schon kommt die Forderung der Nutzer, externe Quellen ins System einzuspeisen wie Wetter, Energieverbrauch, Internetnutzung, um die Prognosen noch schärfer zu machen.

Doch wie geht es weiter. Die Polizei hätte auch gerne Zugriff auf das Internet der Dinge: Daten aus intelligenten Haushaltssteuerungssystemen, Navidaten aus Autos oder gar Gesundheits- und Bewegungs- und Einkaufsdaten aus Smartphones, Smartwatches und Smartwearables.

Realität ist dies bereits in London, wo Polizeidaten mit Social Networks verknüpft werden. Dies aber nicht, um Straftaten zu verfolgen, sondern um schon vorher Verdächtige zu finden. Solche Möglichkeiten sorgen für bei Datenschützern und aufmerksamen Bürgern für Albträume, wecken aber bei so manchem Strafverfolger Begehrlichkeiten. Am Ende resultiert die volle Kontrolle über die ganze Bevölkerung. Egal, ob jemand schon etwas verbrochen hat oder nicht. Big Brother, schlimmer noch als die NSA-Überwachung der Netze.

IN DER SCHWEIZ UND IN DEUTSCHLAND ERFOLGREICH

Die Polizei von Zürich, Aargau, Basel-Land, Baden-Württemberg, Bayern und auch in London erwägt man einen Testeinsatz.

Beispiele der Stadt Zürich und des Kantons Baselland, die Precobs weltweit als erste einsetzen und seither einen deutlichen Rückgang bei den Einbrüchen melden, machen Schule. Auch aus dem Aargau klingt es aus dem Testbetrieb nach Erfolg. Was nach Science-Fiction tönt, testet die Aargauer Kantonspolizei bereits seit mehr als einem halben Jahr. Von den Vorteilen von Precobs profitierten allen voran die Einsatzleiter an der Front. Statt mühsam selbst nach Häufungen und Serien zu suchen, können sie nun auf den Computer zählen: Er sagt, wo die Hotspots sind, wo die grösste Gefahr für weitere Verbrechen herrscht. Kein Orakel, sondern Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Das System will aber auch gefüttert werden. Voraussetzung für genaue Analysen ist eine möglichst umfangreiche Datensammlung. Jeden Morgen gilt es die Daten der letzten 24 Stunden ins System einzuspeisen. Wichtig sind die Details: Um welche Zeit schlugen die Täter zu? Wie gingen sie vor? Welche Werkzeuge setzten sie ein? Was nahmen sie mit? Alles kann entscheidend sein.

ALLTAG MIT PRECOBS

Das hilft Precobs, beginnende Einbruchsserien zu erkennen. Das Programm macht sich zunutze, dass Einbrecher häufig mehrmals im gleichen Quartier aktiv werden, in der Fachsprache «near repeats» – auch Verbrecher erliegen der Macht der Gewohnheit. heisst das Phänomen.

Sind die aktuellsten Informationen erfasst, gleicht der Computer die neuen mit den Daten der letzten drei Jahre ab und berechnet, in welchem Gebiet eine Einbruchsserie drohen könnte. Wird er fündig, schlägt er Alarm.

Ein roter Kreis auf einer Karte zeigt die gefährdete Region, die zusätzlich in farbige Quadrate unterteilt ist – Rot bedeutet, dort ist die Wahrscheinlichkeit für weitere Einbrüche am höchsten.

Bei Alarm gibt es zwei mögliche Strategien: Präsenz markieren und abschrecken oder im Versteckten beobachten und die Täter wenn möglich auf frischer Tat ertappen.

Denkt man nun, dass jeden Tag die Alarmglocken läuten, so ist dies falsch. Es gibt Perioden erhöhter Aktivität der Kriminellen, an vielen Tagen aber bleibt alles ruhig. Mehrere dutzend Male kam dies im Aargau bislang vor; wobei auch schon drei Gebiete gleichzeitig als besonders gefährdet galten.

AUCH BEI RAUBÜBERFÄLLEN MÖGLICH

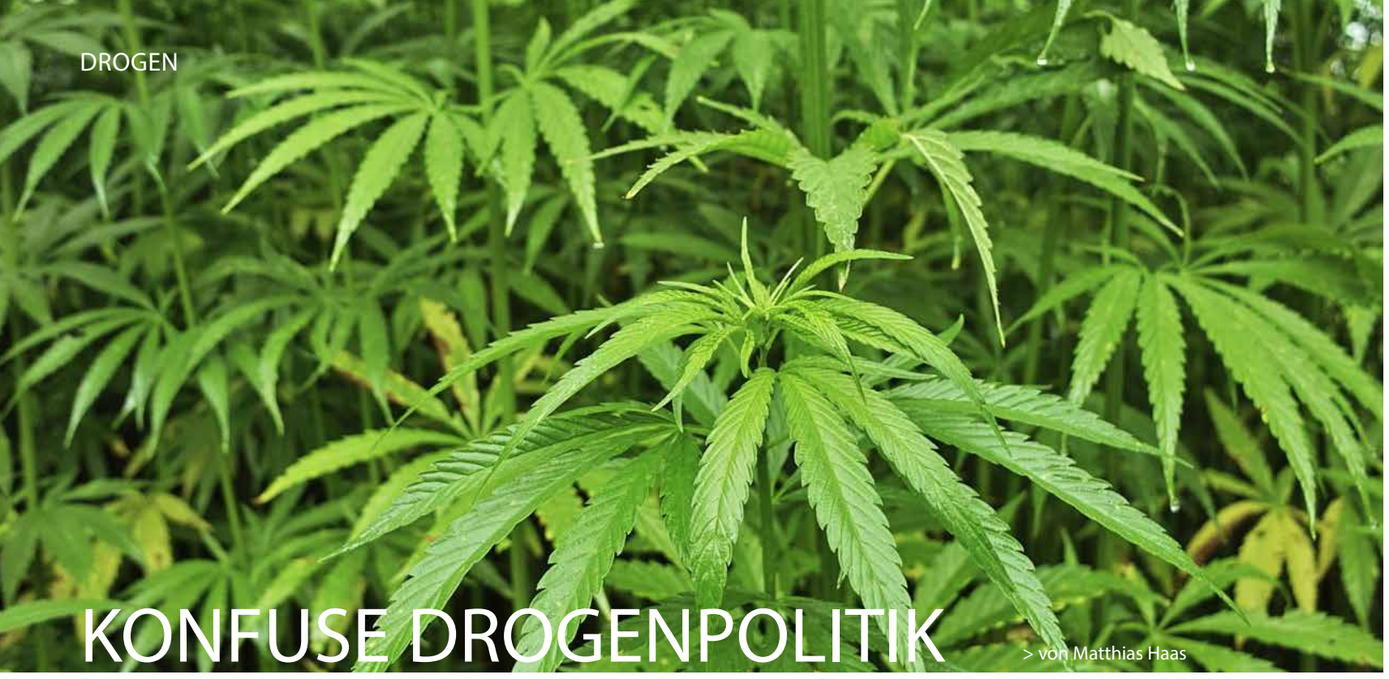
In ersten Tests wird Precobs nur zur Bekämpfung von Einbrüchen in Wohnungen, Ein- und Mehrfamilienhäuser ein. Denkbar wäre der Einsatz aber auch bei Raubüberfällen oder Auto-Diebstählen. Einzige Einschränkung: Die Methode funktioniert nur bei seriellen Verbrechen.

Wie viel Precobs kostet hängt von der Grösse des Einsatzgebiets und der Anzahl der Delikte ab. Die Stadtpolizei Zürich bezahlte für die Anschaffung des Systems rund 100 000 Franken.

Die Kosten machen sich durch die Erfolge längst bezahlt. So ist die Zahl der Einbrüche in Zürich auf den niedrigsten Stand seit sechs Jahren gesunken. In jenen Gebieten der Stadt, in denen Precobs zum Einsatz kam, wurde ein Rückgang der Einbruchsdelikte um 30 Prozent registriert, in der ganzen Stadt um 7 Prozent. Es hat sich gezeigt, dass die Einbrüche, wie vom Erfinder von Precobs, Schweer, prognostiziert, oft in genau jenem Gebiet stattfanden, für das Precobs Alarm geschlagen hatte.

Bei der Kantonspolizei Zürich stösst Precobs bisher auf weniger Anklang. Die Prognose-Software muss für die Anwendung in einem ganzen Kantonsgebiet einen breiteren Deliktskatalog und nicht nur Einbruchsdelikte abbilden können. Sie muss zudem den geografischen Eigenschaften des Einsatzgebietes gerecht werden, das neben Städten auch Agglomerationsgemeinden und ländliche Regionen umfasst. Denn sind Gebiete zu wenig dicht besiedelt oder ist die Zahl der Ereignisse zu gering, wird die kritische Datenmenge für eine solide Analyse und Prognose nicht erreicht.

FAZIT:
PRECOBS EIGNET SICH GUT FÜR DICHTBESIEDELTE GEBIETE, INSBESONDERE STÄDTE UND DEREN AGGLOMERATIONEN, FÜR LÄNDLICHE REGIONEN MUSS DIE SOFTWARE ÜBER MEHR DATEN VERFÜGEN, UM EFFEKTIVE MUSTER ZU ERKENNEN.



KONFUSE DROGENPOLITIK

> von Matthias Haas

BERNER WOLLEN DAS KIFFEN LEGALISIEREN

Staatlich lizenzierte Bauern liefern Cannabis, wer konsumieren will, muss einem Verein beitreten. So die Pläne des Berner Stadtparlaments zum legalen Kiffen in Clubs.

Die Stadt Bern will sich an einem Pilotversuch der Städte mit sogenannten Cannabis-Clubs beteiligen. Der Vorstoss kommt von den Grünen, eine Idee, die erlaubt, dass innerhalb von «Cannabis Social Clubs» der Cannabis-Konsum möglich ist. Kiffer sollen aber einem Verein beitreten, Cannabis wird von staatlich lizenzierten Bauern bezogen.

Primär geht es um zwei Ziele: Die Liberalisierung weicher Drogen und der Kampf gegen die Kriminalisierung der vielen Cannabis-Konsumenten. Nun hofft man in den Pilotstädten Bern, Genf, Zürich und Basel darauf, dass der Bund für ein Pilotprojekt im wissenschaftlichen Rahmen eine Ausnahmebewilligung erteilt.

«Die heutige Situation ist scheinheilig», sagte Berns Sozialdirektorin. Trotz Verbot konsumierten 300 000 bis 400 000 Personen in der Schweiz regelmässig Cannabis, das sie sich auf dem Schwarzmarkt beschaffen müssten.

RIGOROSE ZOLLVERWALTUNG UND POLIZEI

Der Zoll fängt systematisch Sendungen mit Hanfsamen ab. Bei vielen Empfängern machte die Polizei Hausdurchsuchungen – in der Annahme, auf Hanfanlagen stossen.

Mit Drogenspürhunden und technischen Mitteln sucht der Schweizer Zoll in den Postzentren seit Anfang Jahr intensiv nach Sendungen, die Hanfsamen enthalten. Allein von Januar bis April wurden 2 874 solche Lieferungen entdeckt. Alle Empfänger verzeigte der Zoll bei der Polizei ihres Wohnkantons. Tausende Schweizer Kiffer gerieten so ins Visier der Justiz.

Die Kantonspolizei Zürich zählte in diesem Jahr bereits 870 Fälle. Bei etwa jedem zehnten Empfänger habe man Hausdurchsuchungen durchgeführt, sagt Sprecher Werner Schaub. Im Kanton Freiburg, bei dem 43 Personen wegen Hanfsamen verzeigt wurden, gab es laut Polizeisprecher Gallus Risse «in den meisten Fällen» gleich auch eine Hausdurchsuchung. Auch wenn keine genauen nationalen Zahlen erhältlich sind, ist klar: Bei hunderten Schweizer Kiffern stand wegen ihrer Hanfsamen-Bestellung die Polizei in der Wohnung.

> von Otto Lanz

«EIN GROSSER LEERLAUF»

Sven Schendekehl vom Verein «Legalize it» hat über hundert Betroffene rechtlich beraten. Er sagt: «Bei der grossen Mehrheit handelt sich um unbescholtene Genuss-Kiffer.» Die Hausdurchsuchungen sind für Schendekel nicht nur Schikane, sondern auch ein grosser Leerlauf: «Wenn man bedenkt, wie gross der Personalaufwand ist, den die Polizei mit solchen Aktionen hat, und wie gering die Chance, tatsächlich auf eine professionelle Hanfanlage zu stossen, ist das Vorgehen völlig unverständlich.»

Befragt man die Polizeikorps dazu, wie viele Hanfanlagen durch das Vorgehen gegen Hanfsamen-Besteller entdeckt wurden, sind Erfolgsmeldungen rar. Die Kantonspolizei Freiburg hat zwar in zehn Fällen Cannabispflanzen gefunden. Doch ihr gingen eher kleine Fische ins Netz: «Von drei Pflanzen im Blumenbeet bis zu 35 Pflanzen und einer nicht-professionellen Klein-Anlage» reicht das Spektrum. In St. Gallen, wo 135 Hanfsamen-Besteller aufflogen, fand die Kantonspolizei zehn Anlagen – jedoch ausnahmslos kleine, wie es auf Anfrage heisst. Bei der Kantonspolizei Schwyz räumt man ein, dass man bei den Hausdurchsuchungen «nur selten» auf Hanfanlagen gestossen sei.

SAMEN HÄTTEN ÜBER EINE MILLION JOINTS ERGEBEN

Im Kanton Zürich führt man keine Statistik darüber, bei wie vielen Hanfsamen-Bestellern sich der Verdacht auf Drogenhandel bestätigt hat. Immerhin ist es laut Kapo-Sprecher Werner Schaub aber gelungen, eine beträchtliche Menge Cannabis aus dem Verkehr zu ziehen. Schaub rechnet vor: «Mit den etwa 8 700 Pflanzen, die aus den von Zürchern bestellten Samen entstanden wären, hätte man 271 Kilogramm Cannabis herstellen und 1 044 000 Joints drehen können.» Und das sei nur eine vorsichtige Schätzung. Den Verkaufserlös, der sich mit dieser Menge auf der Strasse hätte erzielen lassen, beziffert Schaub auf 2,61 Millionen Franken.

Dass das Ausbleiben dieses Saatguts zu Engpässen auf dem Schweizer Cannabis-Schwarzmarkt geführt hätte, konnte man jedoch nicht feststellen, wie Schaub sagt. Mittlerweile ist die Zahl der Hanfsamen-Sendungen, die der Zoll beschlagnahmt, wieder zurückgegangen. Wurden im Mai noch 8'698 Samen konfisziert, waren es im Juni nur noch 1 159. Aktuellere Zahlen sind nicht erhältlich. Für Schendekehl ist klar: «Die Kiffer, die in die Mühlen der Justiz geraten sind, haben ihr Umfeld gewarnt. Mittlerweile weiss jeder, dass es eine schlechte Idee ist, aus dem Ausland Hanfsamen zu bestellen.»

«Gesetzlicher Auftrag»
Warum aber geht der Zoll überhaupt so rigoros vor? Was Schendekehl als «beispiellose Hetzjagd gegen Kiffer» bezeichnet, ist laut Attila Lardori, Sprecher der Eidgenössischen Zolldirektion, nichts anderes als die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags: «Wo wir eine Zunahme des Schmuggels feststellen, setzen wir Schwerpunkte – unabhängig davon, ob es sich nun um Hanfsamen oder etwa um Elfenbein handelt.»

FDP-Nationalrätin Christa Markwalder kritisiert das Vorgehen: «Der Zoll sollte sich primär auf illegale Sendungen konzentrieren, die grossen Schaden anrichten – also besser gefälschte Medikamente abfangen als harmlose Hanfsamen.» Und wenn Bürger, die zehn Hanfsamen bestellt hätten, mit einer Hausdurchsuchung rechnen müssten, sei dies «unverhältnismässig und eine falsche Prioritätensetzung der Polizei». ◂

Kriegserlebnisse als Dokumentar-Comic

> von Connie de Neef

Alles beginnt damit, dass sein Freund Boaz dem Regisseur Ari Folman von einem Alptraum erzählt: Jede Nacht wird er von 26 blutgierigen Hunden gejagt. Bestimmt, sind sich die beiden einig, hat dieser Traum etwas mit den Erlebnissen im Libanon-Krieg von 1982 zu tun. Was Ari verblüfft: Er selbst hat seinen Einsatz damals vollkommen vergessen. Als 19-Jähriger war er in diesen Krieg gezogen, hatte die Grausamkeit auf beiden Seiten erlebt. Aber was mit ihm und durch ihn geschah, daran fehlt die Erinnerung. Und so macht sich Folman auf die Suche, spricht mit alten Gefährten, mit Zeugen. – Ein zweiter Traum begleitet die Recherche: Junge Männer kommen aus dem Meer vor Beirut, kleiden sich an und gehen in die Stadt, wo klagende Frauen ihren Weg kreuzen. Geburt, Erwachsenwerden, Tod, alles in einem Bild, alles in einer Erfahrung: Es sind die Traumbilder, die dem sonst fast konventionell nach den Regeln des Recherchefilms erzählten «Waltz with Bashir» Tiefe verleihen. – Immer mehr Bilder kehren zurück. Nach vier Jahren Suche ist Ari Folman an der Schlüsselszene seiner verschütteten Kriegsbiografie, dem Massaker von Sabra und Schatila, bei dem im September 1982 westlich von Beirut im palästinensischen Flüchtlingslager Schätzungen zufolge bis zu 3 000 Männer, Frauen und Kinder von den christlichen Falangisten ermordet wurden, unter den Augen der israelischen Armee. Es sind Realaufnahmen des Massakers von Sabra und Schatila, mit denen der Film endet – wiedergewonnene Erinnerung, unerträglich: die Toten und die Untröstlichkeit der Überlebenden. Der Film «sieht» das, während der junge Ari die Hände vors Gesicht schlägt.

DER FILM WURDE FÜR EINEN OSCAR NOMINIERT.

ER GEWANN DEN GOLDEN GLOBE AWARD UND DEN CÉSAR.

AUSSERDEM WAR ER FÜR DIE GOLDENE PALME NOMINIERT.

10 HIGHTECH-AUSRÜSTUNGEN DES US-HEERES

Die technische Forschung und Waffenentwicklung der USA sind zweifellos führend auf der Welt. Egal ob riesige Flugzeugträger oder das kleine GPS eines einzelnen Soldaten – die amerikanischen Streitkräfte verfügen über alle nur denkbaren Arten von Hightecht.

> von Ralph Büsser

1. DAS NACHTSICHTSGERÄT AN/PSQ-20

Das Enhanced Night Vision Goggle (ENVG) des Typs AN/PSQ-20 ist ein passives Nachtsichtgerät der US-Armee, das von der Firma ITT Exelis entwickelt wurde. Es kann auf dem Helm installiert werden und hat eine starke thermografische Funktion. Die Entwicklung des AN/PSQ-20 begann im Jahr 2000. Im April 2008 wurden die ersten US-Spezialeinheiten damit ausgestattet. Im Februar 2009 begann die US-Armee, das AN/PSQ-20 auch bei den einfachen Truppen einzusetzen. Die ersten 300 Stück hatte die zehnte US-Gebirgsdivision erhalten. Ein AN/PSQ-20 wiegt 0,9 Kilogramm und hält mit vier AA-Batterien 7,5 Stunden im Dauereinsatz durch. Das Gerät ist kann Bilder zudem digital bearbeiten, damit sie schärfer werden.

2. DIE TRAGBARE BATTERIE M-25

Moderne Anlagen brauchen eine Stromquelle. Aber auf dem Schlachtfeld kann man kaum eine stabile Stromversorgung garantieren. Egal ob sie ihre Mission erfüllt haben oder nicht: die Soldaten müssen zurück in ihre Basis, sobald die Batterien ihrer wichtigsten elektrischen Ausrüstungsgegenstände leer sind. Um das Problem zu lösen, hatte das Pentagon einen Wettbewerb zur Entwicklung einer neuen mobilen «Superbatterie» ausgeschrieben. Das Team von DuPont (USA) und SFC (Deutschland) bekam den Zuschlag – mit seiner Gemeinschaftsentwicklung, der tragbaren Batterie «M-25». In der M-25 werden Brennstoffzellen und Alkoholreserven eingesetzt, damit die Batterie im Dauereinsatz mindestens 72 Stunden lang Strom zur Verfügung stellen kann. In der Wildnis oder unter schlechten Wetterbedingungen kann die M-25 so das Orientierungs- und Kommunikationssystem der Einheiten für einige Tage versorgen.

3. RADAR-HELM

Der «Kriegsnebel» ist schrecklich für alle Soldaten auf dem Schlachtfeld. Smok, Dunkelheit, Büsche, Wälder und Sandstürme könnten den Soldaten «blind» machen. Beim Stadtkampf können sich die Feinde überall verstecken. Aber dank des Radar-Helms mit Bewegungssensor kann ein Soldat alle «sich bewegenden Ziele» um sich herum finden – volle 360 Grad Abdeckung, Reichweite bis zu 25 Meter. Dank dem 1,1 Kilogramm schweren Gerät können die US-Soldaten ihre Gegner angreifen, bevor diese überhaupt wissen, wo die Amerikaner sind.

4. DAS IDENTIFIZIERUNGSGERÄT LA-8/P (ALP)

Der Lasersender LA-8/P (ALP) kann auf dem Zeigefinger getragen werden, um die Freund-/Feinderkennung zu erleichtern.

5. DAS FELD-SOLARLADEGERÄT

Das Gerät ist sehr leicht und kann gefaltet werden. Man kann damit viele Geräte wie GPS, Funkgerät, Handy, Laptop und Digitalkamera aufladen. Mit einer Kombination von mehreren Solarladegeräten kann man sogar die Batterie eines Fahrzeugs aufladen.

6. DER MINI-LASERENTFERNUNGSMESSER «AN/PSQ-23»

Der 540 Gramm leichte AN/PSQ-23 kann die Schusspräzision enorm verbessern. Er wird mit einem Laserindikator des Typs AN-PEQ-2A und einem numerischen magnetischen Kompass ausgestattet. Zudem kann der Entfernungsmesser mit GPS verbunden werden und die Position des Ziels so noch genauer anzeigen. Die Nutzdistanz des AN/PSQ-23 liegt zwischen 25 Meter und 9,6 Kilometer.

7. DER LIGHTWEIGHT LASER DESIGNATOR RANGEFINDER (LLDR) «AN/PED-1»

Der Entfernungsmesser basiert auf einem Moduldesign. Dazu zählen unter anderem eine CCD-Kamera, eine thermografische Kamera, ein numerischer magnetischer Kompass, ein GPS und ein digitaler Anschluss. Der «LLDR AN/PED-1» ist 15,9 Kilogramm schwer und wird von zwei Soldaten bedient.

8. DAS DIE WAND DURCHDRINGENDE RADAR

Das System «AN/PPS-26» hat die US-Armee 151 Millionen US-Dollar gekostet. Es wird ebenfalls «Detektor durch die Wand» genannt. Seine Radarwellen können eine 20 Zentimeter dicke Wand durchdringen und so Personen anderen Räumen oder Häusern entdecken. Zudem braucht der Nutzer nicht direkt an der jeweiligen Wand stehen, sondern kann eine Sicherheitsentfernung von bis zu 20 Metern einhalten. Dennoch kann das Radar den Soldaten nicht helfen, die Ziele hinter der Wand zu identifizieren, d.h. ob die sich versteckende Person ein Zivilist oder Terrorist ist, müssen die Soldaten immer noch selbst herausfinden.

9. DAS MILITÄRHANDY

Im Rahmen des Plans «Nett Warrior» können sich die einzelnen Soldaten mit einem intelligenten Handy direkt ins Feldnetz einwählen. Zudem wird der Bildschirm des Handys speziell bearbeitet, damit er auch in feuchten oder staubigen Räumen funktionieren kann und auch bei starkem Sonnenlicht lesbar ist.

10. BEFEHLSANLAGE FÜR EINZELNE SOLDATEN

Vor allem die US-Helikopterpiloten werden mit dem «Army Worldwide Information System (AWIS)» ausgestattet. Auf dem Schlachtfeld kann sich ein Soldat über AWIS direkt mit dem höchsten Befehlshaber der jeweiligen Mission in Verbindung setzen.

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE, WELTWEIT

17 Ziele, 169 Unterziele: Die neue Agenda für nachhaltige Entwicklung ist komplex und widersprüchlich – und ein grosser Fortschritt, denn es geht ihr um alles.

> von Marianne Beisheim

Im Jahr 1992 wurde in Rio die **Agenda 21 zur Nachhaltigen Entwicklung** auf dem ersten Gipfel der Vereinten Nationen beschlossen, im Jahr 1992 in Rio. Umfassend umgesetzt wurde sie nicht, ebenso wenig wie die zehn Jahre später festgelegten Millenniumsentwicklungsziele (MDGs).

Nun verabschieden die Vereinten Nationen eine neue Entwicklungsagenda, die «Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung». Sie enthält **17 Ziele** nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) mit 169 Unterzielen, die meist vage formuliert, nicht frei von Widersprüchen, teils überambitioniert und gleichzeitig unverbindlich sind. Warum sollten sie zum Erfolg führen?

Auch wenn vieles besser sein könnte: Die 2030-Agenda und die SDGs haben, verglichen mit früheren Zielen, eine neue Qualität. Fünf Aspekte verdeutlichen den Fortschritt:

ZIELE FÜR ALLE LÄNDER

Erstens gelten die Ziele diesmal für alle Länder, nicht wie bisher nur für Entwicklungsländer. Dahinter steht der Anspruch, Armutsbekämpfung nicht mehr isoliert anzugehen. Stattdessen sollen Lebensstile weltweit in Richtung Nachhaltigkeit transformiert und menschenwürdige Lebensstandards für alle realisiert werden, ohne die Ressourcen unseres Planeten zu übernutzen. Es ist wenig überraschend, dass diese komplexere Vision auch zu einem längeren Zielkatalog geführt hat.

AMBITIONIERTES GESAMTPAKET

Zweitens ist es besser gelungen, die ökologische, ökonomische und soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung in alle Ziele zu integrieren und Wechselwirkungen angemessener abzubilden. So soll etwa eine **nachhaltige Landwirtschaft** nicht nur helfen, den Hunger zu beenden. Sie soll dabei auch **Ökosysteme** wie gesunde Böden und die **biologische Vielfalt** erhalten, sie soll Klimaveränderungen gewachsen sein, und sie soll für existenzsichernde **Einkommen der Bauern** sorgen.

Die neuen Entwicklungsziele sollen auch für die reichen Industriestaaten gelten, nicht nur für die Armen: ein Paradigmenwechsel. Die neuen Entwicklungsziele sollen auch für die reichen Industriestaaten gelten, nicht nur für die Armen: ein Paradigmenwechsel.

ENTWICKLUNG

Ausserdem folgen die Ziele zumindest teils einem menschenrechtlichen Ansatz. So soll bis 2030 extreme Armut beendet und der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Nahrung für alle ermöglicht werden. Menschenrechtsgruppen hatten argumentiert, dass diese Rechte nicht nur für einen Teil der Menschen angestrebt werden dürften – wie es noch bei den MDGs der Fall war.

Weitere wichtige, aber bislang strittige Themen wurden aufgenommen, wie etwa Verteilungsgerechtigkeit oder gute Regierungsführung. So hat zwar die Anzahl der Ziele zugenommen, anders wäre jedoch kein Konsens über ein ambitioniertes Gesamtpaket zustande gekommen.

BREITERE MITBESTIMMUNG SCHAFFT IDENTIFIKATION

Drittens fühlen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen den neuen Zielen viel stärker verpflichtet. Anders als bei den MDGs wurden die neuen Ziele nicht von wenigen Experten festgelegt, sondern in einem dreijährigen, transparenten und auf Verständigung angelegten Prozess verhandelt und im Konsens beschlossen.

Begleitet wurde dies von Konsultationsverfahren, und das nicht nur mit den in New York vertretenen Gruppen, sondern auch über Online-Plattformen, globale Kampagnen und nationale Dialogveranstaltungen. Zwar gab es auch diesmal das bei den Vereinten Nationen übliche Gerangel um Formulierungen im Abschlussdokument, aber insgesamt hat dieser Prozess eine stärkere Identifikation der Staatenvertreter und vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen mit den Zielen geschaffen als je zuvor.

UMSETZUNGSFRAGEN WURDEN MITVERHANDELT

Viertens wurden Fragen der Umsetzung intensiver als je zuvor gleich mitverhandelt. Von den 169 Unterzielen beschäftigen sich 62 mit den sogenannten Mitteln zur Umsetzung. Zwischen Nord und Süd gab es wie üblich die heftigsten Debatten über diese Fragen. Immerhin wurden aber im Rahmen der in Addis Abeba verabschiedeten Aktionsagenda zur Entwicklungsfinanzierung Kompromisse erzielt, etwa zu Fragen der geteilten Verantwortung für die Mittel oder zur Erleichterung des Technologietransfers.

Zudem werden in beiden Agenden Umsetzungshindernisse explizit benannt. Dies betrifft sowohl strukturelle Probleme der globalen Finanz- und Handelssysteme als auch gewaltsame Konflikte oder Kor-

www.protect-it.ch

ruption. Nicht, dass hier bereits alle Lösungen auf dem Tisch lägen, aber immerhin haben es diese Themen ins Abschlussdokument geschafft, teils sogar mit Zielvorgaben.

ÜBERPRÜFUNG IST TEIL DER AGENDA

Fünftens schliesslich legt die 2030-Agenda von Anfang an mehr Wert auf Folgeprozesse. Es dauerte lange, bis für die MDGs Indikatoren festgelegt wurden, anhand derer der Fortschritt bei der Zielerreichung überprüft werden konnte, und noch länger, bis die Ergebnisse im Rahmen eines Reviews diskutiert wurden.

Diesmal ist das Thema gleich Teil der Agenda. So soll nicht nur jährlich Bilanz gezogen werden, es sollen auch die Ursachen mangelnder Fortschritte diskutiert und ein Austausch über erfolgreiche Umsetzungsstrategien organisiert werden. Auch national sollen die Regierungen gegenüber ihren Bürgern Rechenschaft ablegen. Zwar ist noch umstritten, wie genau diese Prozesse aussehen sollen, aber immerhin hat man sich auf wichtige Eckpunkte hierzu geeinigt.

Dies sind fünf gute Gründe, die 2030-Agenda und Ziele für nachhaltige Entwicklung ernst zu nehmen und mit ihnen zu arbeiten. Es gibt weitere – nicht zuletzt die drängenden Probleme selbst, die im Übrigen zu jenen Fluchtursachen zählen, die die Politik in diesen Tagen so dringend bekämpfen möchte.

Nachdem die Vereinten Nationen die Plattform geboten haben, die Ziele im Konsens zu verhandeln und zu verabschieden, ist es nunmehr an den Regierungen, sie umzusetzen. Es braucht Vorreiter-Allianzen, die das Momentum des Gipfels nutzen und überzeugende Politiken für die angestrebte Transformation auflegen. Das ist dann der Lackmustest für den Mehrwert der neuen Agenda.

DIE 17 ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Um zur globalen Entwicklung beizutragen, menschliches Wohlergehen zu fördern und die Umwelt zu schützen, verabschiedete die Staatengemeinschaft 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Kernbestandteil sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung («Sustainable Development Goals», SDGs) und deren 169 Unterziele.

THE GLOBAL GOALS
For Sustainable Development

Die SDGs integrieren neben der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auch ökologische Nachhaltigkeit. Zudem greifen die SDGs Aspekte wie Frieden und Sicherheit, Rechtstaatlichkeit und gute Regierungsführung auf, welche für Nachhaltige Entwicklung von fundamentaler Bedeutung sind.

Die SDGs haben universelle Gültigkeit. Dies bedeutet, dass alle Länder gemäss ihren Kapazitäten einen Beitrag zum Erreichen der Ziele leisten sollen. Auch die Schweiz wird aufgefordert sein, die Ziele national umzusetzen. Daneben sollen Anreize geschaffen werden, damit nichtstaatliche Akteure vermehrt einen aktiven Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung leisten.

ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Armut in jeder Form und überall beenden

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern

Geschlechtergleichheit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen

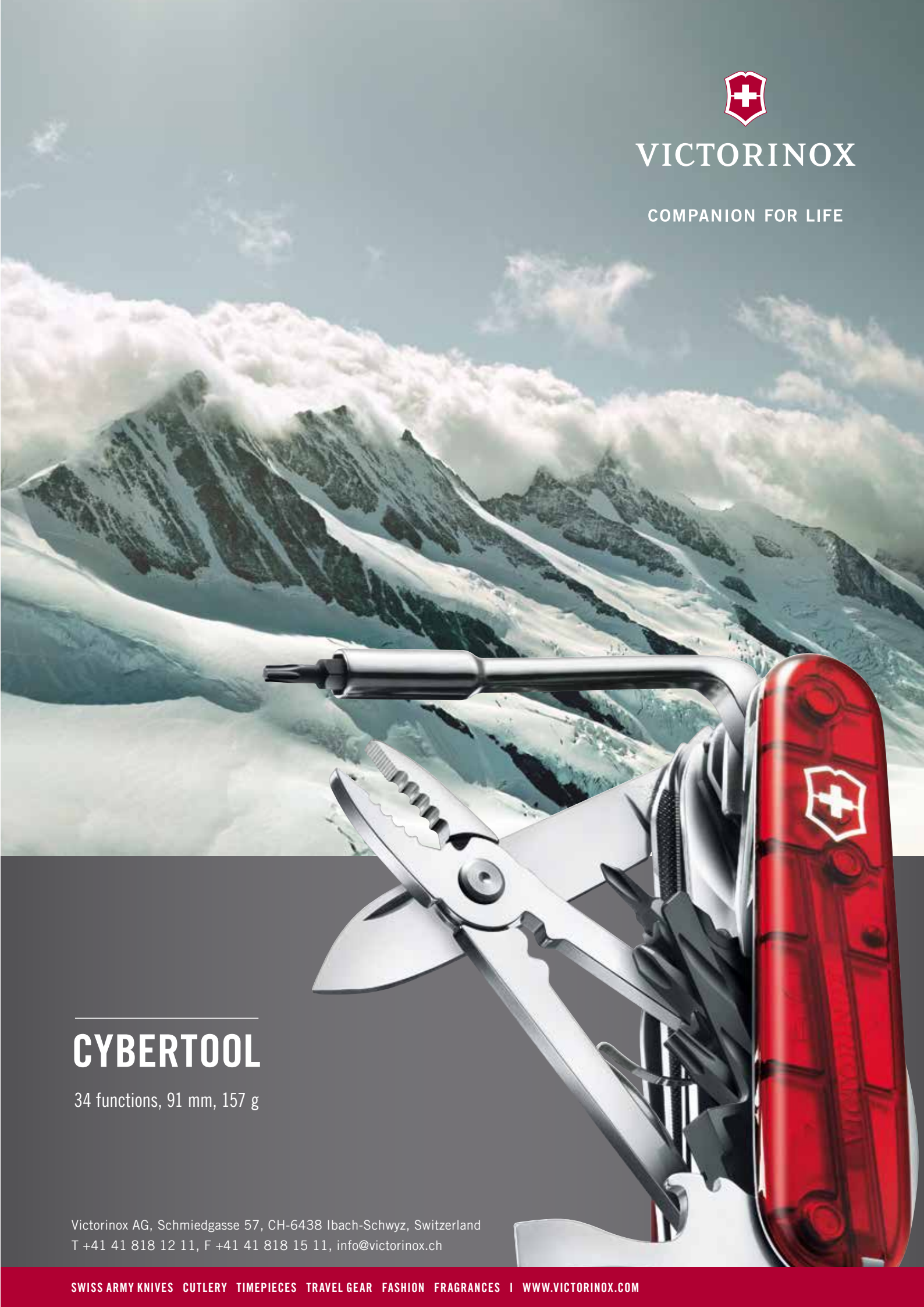
Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen

Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben


VICTORINOX
COMPANION FOR LIFE
CYBERTOOL
34 functions, 91 mm, 157 g
Victorinox AG, Schmiedgasse 57, CH-6438 Ibach-Schwyz, Switzerland
T +41 41 818 12 11, F +41 41 818 15 11, info@victorinox.ch
SWISS ARMY KNIVES CUTLERY TIMEPIECES TRAVEL GEAR FASHION FRAGRANCES I WWW.VICTORINOX.COM